Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 3,90 Mk., frei Haus 4,— Mk.; durch unsere Landboten 4,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld extra. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 80 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Stellenanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 138 — Sonntag den 27. Juni 1920 — 46. Jahrg.

Die neue Regierung.

Am Freitag vormittag sind die Verhandlungen Fehrenbachs endlich so weit gediehen, daß die endgültige Ministerliste festgestellt werden konnte. Nach einem Sonderteilegramm des WTB. hat der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers Fehrenbach folgende Herren als Kabinettsmitglieder ernannt:

Dr. Heinze, Reichsjustizminister, betraut mit der Vertretung des Reichskanzlers,
Simons, Reichsminister des Auswärtigen,
Dr. Koch, Reichsminister des Innern,
Dr. Wirth, Reichsfinanzminister,
Hermes, Reichsernährungsminister,
Giesberts, Reichspostminister,
Gröner, Reichsverkehrsminister,
Dr. Geßler, Reichswehrminister,
Dr. Scholz, Reichswirtschaftsminister,
v. Raumer, Reichsschatzminister.

Die Besetzung des Wiederaufbau-Ministeriums ist noch unbestimmt. Verhandlungen über die Besetzung des Reichsarbeitsministeriums werden binnen kurzem abgeschlossen sein. Das Kabinett wird am Sonnabend zu seiner ersten Sitzung zusammentreten und sich entsprechend den Beschlüssen des Seniorenkonvents am Montag dem Reichstage vorstellen.

Wie immer man sich zu der neuen Regierung, das Ergebnis so langwieriger und unerfreulicher Verhandlungen, stellen mag, man wird als Lehre der vergangenen Tage doch den Schluß zu ziehen haben, daß es im heutigen Deutschland leichter ist, eine Regierungsbasis zu zerstören, als eine neue an ihre Stelle zu setzen. Das sollte für die Zukunft jedenfalls nicht vergessen werden und dazu führen, daß man auf allen Seiten alles davon setzt, die bestehenden scharfen Gegensätze auszugleichen. Wie groß sie tatsächlich noch immer sind, dafür war ein eindrückliches Beispiel die Stellungnahme von Blättern wie der „Deutschen Tageszeitung" zu den von der Deutschen demokratischen Partei für ihren Eintritt in die Regierung gestellten „Bedingungen". In der rücksichtslosesten Form wurde dagegen Protest eingelegt, daß die Demokraten es „wagten", als Voraussetzung für den Eintritt in eine Regierung den Verzicht auf monarchistische und antisemitische Agitation zu verlangen. Der weitere Umstand, daß auch Blätter wie die „Tägliche Rundschau", deren Chefredakteur bekanntlich auf der Reichsliste der Deutschen Volkspartei gewählt ist, versicherten, die Partei werde kein Attachen ihrer monarchistischen Überzeugung aufgeben, spricht ebenfalls dafür, daß der Ausgleich der gegensätzlichen Überzeugungen noch weit im Felde liegt und läßt sogar die Vermutung zu, daß selbst innerhalb der Deutschen Volkspartei die Stimmung nicht einheitlich für die Beteiligung an der Regierung ist. Das läßt, wie gesagt, befürchten, daß der politische Kampf auch in Zukunft an Stärke nicht verlieren wird, und das ist im Interesse des ganzen Volkes sehr zu bedauern. Man darf nämlich nicht vergessen, daß die neue Regierung sowohl von rechts wie von links unter schärfster Aufsicht steht und auf innere Festigkeit sowieso schon nur geringeren Anspruch erheben kann. Sie ist eine Notgeburt der Stunde und eine letzte Rettung aus sonst unlösbaren Schwierigkeiten. Trotzdem wird sie indessen berufen sein, die Interessen des deutschen Volkes in einer entscheidenden Stunde zu vertreten, nämlich am 5. Juli in Spa. Noch immer steht riesengroß die Befürchtung am politischen Horizont des deutschen Volkes, daß der 6. Juli 1920 durch ein widriges Geschick zu einem Unglückstag der Nation gestempelt werden könnte, wenn nicht jeder einzelne für sich und die Gesamtheit für jeden einzelnen alles daran setzen, um das Staatsschiff vor neuem Kentern zu bewahren. Man wird besonders auf der Linken die neue Regierung „nach ihren Taten" beurteilen. Das hat namens der Mehrheitssozialdemokratie der bisherige Reichskanzler Müller Herrn Trimborn gegenüber gesagt. Das geschieht aber schließlich mit jeder Regierung und wie jede andere hat also auch diese die Pflicht, ihre Taten so einzurichten, daß das Gesamturteil für sie günstig ausfällt, auch wenn in einer näheren oder ferneren Zukunft eine andere an ihre Stelle treten wird.

*

Weitere Meldungen zur Kabinettsbildung.

Berlin, 26. Juni. Nach Mitteilung eines Regierungsvertreters im Ältestenrat des Reichstages beabsichtigt der Reichskanzler am kommenden Montag um 11 Uhr das neue Kabinett vorzustellen und eine programmatische Erklärung abzugeben. Am Nachmittag dieses Tages wird dann in einer erst anberaumten Sitzung Gelegenheit zu einer Aussprache gegeben, die wegen des katholischen Feiertages am Dienstag erst am Mittwoch weitergeführt wird. Da nun endgültig feststeht, daß am 5. Juli die Verhandlungen in Spa beginnen, sollen die Verhandlungen des Reichstages bis dahin abgeschlossen werden.

Die „B. Z." hört aus parlamentarischen Kreisen, daß das Reichsarbeitsministerium dem Zentrumsmitgliede Pfarrer Dr. Braun angeboten werden dürfte, der Direktor des katholischen Volksvereins in München-Gladbach ist und in der christlichen Arbeiterbewegung eine große Rolle spielt. Das Wiederaufbauministerium soll gegebenenfalls mit dem Commerzienrat Böhm in München, dem Direktor der dortigen Deutschen Bank, besetzt werden, der der Deutschen Volkspartei angehört.

Zur Lösung der Kabinettskrisis

heißt es in der „D. Allg. Ztg.": Eine Minderheitsregierung wird jetzt das Ruder führen, sie wird es nur können durch eine geschickte und sachliche Politik, die sich von jeder Parteiengung fern hält. Sie hat dazu den festen Willen, und sie rechnet auf die selbstlose Mitarbeit aller Parteien, deren Wille es ist, Staat und Volk wieder den Weg nach aufwärts zu führen.

Die Sozialdemokratie, die der Regierung eine gewisse Schonzeit zu bewilligen nötig ist, wird, wie es im „Vorwärts" heißt, wahrscheinlich bald mit ihr, namentlich mit ihrem rechten Flügel, im Kampfe stehen.

Die rechtsstehenden Blätter fassen die Lage im ganzen sehr ernst auf. Um so fester, heißt es in der „D. Tagesztg.", müssen Regierung und Volk auf dem Boden ihres Rechts und der nationalen Lebensnotwendigkeiten stehen und um so kühler und nüchtern den Dingen ins Auge sehen.

Baldige Wahl des Reichspräsidenten.

Berlin, 26. Juni. (WTB.) Der Reichspräsident Ebert hat den Reichskanzler Fehrenbach ersucht, den Reichstag zu veranlassen, den Tag für die Wahl des Reichspräsidenten alsbald zu bestimmen.

Die Vorbereitung der kommunistischen Weltrevolution.

Stockholm, 26. Juni. (WTB.) Auf der vorbereitenden Konferenz im geschäftsführenden Ausschuß der kommunistischen Internationale in Moskau waren nach einer Rostmeldung Vertreter der kommunistischen Parteien von Rußland, Amerika, Italien, Polen, Ungarn, Australien und Holland, sowie des linken Flügels der Unabhängigen sozialistischen Partei Deutschlands zugegen. Aus Frankreich wohnten der Sitzung bei Marcel Cachin und Frossard von der Sozialdemokratischen Partei. Lenin hielt am Schluß eine Rede über die Bedeutung der Diktatur für die Gegenwart und führte aus: „Propaganda, Agitation und Demonstration tagaus und tagein müssen das Proletariat auf die Übernahme der Macht vorbereiten." Er betonte, der internationale Kongreß habe sich nicht nur von schwankenden Elementen treu führen lassen, sondern organisierte sich stärker als je zum Hauptquartier für die kommunistische Weltrevolution.

Deutsch-tschechische Verkehrs- und Wirtschaftsverhandlungen.

Prag, 26. Juni. (WTB.) Gestern nachmittag fand hier die konstituierende Sitzung der Elbe-Kommission statt, zu der die deutschen Vertreter eingetroffen waren. Der Minister des Auswärtigen verwies in seiner Eröffnungsansprache auf die Wichtigkeit der Verkehrsfragen. Die tschechisch-slowakische Republik sei bereit, alles zur Erleichterung des Verkehrs zu tun. Es wurde beschlossen, die nächste Sitzung am 29. Juni abzuhalten. Die nächste Kommissionssitzung soll am 16. November d. J. in Dresden stattfinden. — Das tschecho-slowakische Pressebureau meldet: Die Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland, die unter Leitung des Staatssekretärs Dr. Schuster auf tschecho-slowakischer Seite und des Ministerialdirektors v. Stockhammern auf deutscher Seite stattfinden, nähern sich ihrem Abschluß. Das allgemeine wirtschaftliche Abkommen ist namentlich mit Rücksicht auf Erleichterung bei Ein- und Ausfuhr und auf Sicherung des Bezugs gewisser technischer und chemischer Hilfsmittel ergänzt und der endgültige Wortlaut festgestellt worden. Das bereits in Berlin im Wortlaut festgelegte Eisenbahnabkommen wurde ohne Änderung genehmigt. Hierdurch würden namhafte Erleichterungen bei der faktischen Durchführung des Transits geschaffen. Falls die noch offene Unterbringungsfrage günstig gelöst werde, sei zu hoffen, daß die Verhandlungen, die provisorischer Natur sind und der Genehmigung beider Regierungen beziehungsweise der Ratifizierung unterliegen, Freitag nacht oder Sonnabend vormittag abgeschlossen werden.

Deutsche Note wegen der Räumung der neutralen Zone.

Paris, 26. Juni. (WTB.) Der deutsche Geschäftsträger Dr. Mayer überreichte dem Sekretär der Friedenskonferenz am Freitag eine Note der deutschen Regierung, in der von den Alliierten eine Verlängerung der Frist verlangt wird, die Deutschland zur Räumung der neutralen Zone gewährt werde. Es wird darin erklärt, diese Note bis zum 10. Juli zu räumen. Diese Note kreuzte sich mit den drei Noten, die am Donnerstag dem deutschen Geschäftsträger von den Alliierten überreicht wurden.

Sistierung des zehnprozentigen Lohnabzuges.

Berlin, 26. Juni. (Priv.-Tel.) Im Reichstag ist ein interfraktioneller Initiativantrag eingegangen, der die Regierung auffordert, eine Sistierung des zehnprozentigen Lohnabzuges anzuordnen.

Beigelegter Landarbeiterstreik.

Lauenburg (Köslin), 26. Juni. (WTB.) Nach 20stündigen Verhandlungen ist heute früh der Landarbeiterstreik beigelegt worden. Die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen werden.

Die Kämpfe in Irland.

London, 26. Juni. (WTB.) Über die Lage in Londonderry wird folgendes gemeldet: Ein Verfassungsausschuß, in dem alle Kreise der Bevölkerung vertreten sind, hat sich gestern gebildet, um das Ende der Feindseligkeiten in Irland herbeizuführen.

Unterdrückung der Unruhen in Böhmen.

Prag, 26. Juni. (WTB.) Die Unruhen in Zglaw sind von Militär und Gendarmerie unterdrückt worden. Gestern nacht sind noch zwei während der Straßenkämpfe verwundete Legionäre gestorben. Der Redakteur des Zglauer Lokalblattes „Grenzbote", Josef Vorreither, geriet, weil Soldaten die Druckerei seiner Zeitung verwüsteten, in eine solche Aufregung, daß er bald darauf einen Herzschlag erlitt. Eine gemeinsame Kommission der Kammer und des Senats ist gestern nach Zglaw entsandt worden.

Denikin und Brussilow gegen Polen.

London, 26. Juni. (Priv.Telegr.) Wie die englische Wochenschrift The Statesman aus autorisierter Quelle erfährt, hat General Denikin an Brussilow das Angebot gerichtet, sich seinem Kommando zu unterstellen, um gemeinsam mit ihm die Polen zu bekämpfen.

Über eine neue Ministerkrise

noch vor Beendigung der alten wurde, wie man uns weiter aus Berlin berichtet, am Freitag in politischen Kreisen erzählt. Man sprach davon, daß Reichswehrminister Dr. Geßler infolge der Unnachgiebigkeit der Entente, den Bestand der Reichswehr auf 200 000 Mann zu belassen, die Verantwortung, die ihm sein Amt für die Ruhe und Sicherheit des Reiches auferlegt, nicht tragen könne und zurücktreten werde. Diese Gerüchte enthalten insofern ein Körnchen Wahrheit, als Dr. Geßler mit einem Bestand von 100 000 Mann nicht auskommen zu können glaubt und seinen ganzen Einfluß im Kabinett aufbieten wird, die Ententeforderung abzulehnen. Er hofft, daß angesichts der Lage in Deutschland jedem klar liegt, der sehen will, daß das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. In diesem Sinne wäre es also verfrüht, von einem Rücktritt Dr. Geßlers zu sprechen. Ebensowenig kann selbstverständlich das Gegenteil behauptet werden. Alles wird von der Entwicklung abhängen, die diese Angelegenheit erfährt.

Wie die „Voss. Ztg." meldet, hat der Reichswehrminister Geßler infolge der neuen Ententenote über die Herabsetzung der Reichswehr auf 100 000 Mann heute vormittag dem Reichskanzler Fehrenbach seine Demission angeboten. Wie dazu von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sieht Minister Geßler die durch die neuen Entente-Noten geschaffene Lage als außerordentlich ernst an. Von einem Rücktrittsgesuch ist jedoch amtlich nichts bekannt.

Ein Antrag der U. S. P. auf Auflösung der preußischen Landesversammlung.

Berlin, 26. Juni. Die Fraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in der preußischen Landesversammlung hat, wie wir erfahren, folgenden Antrag eingereicht: Die Verfassungsgebende preußische Landesversammlung wolle beschließen: 1. sich für aufgelöst zu erklären und 2. die Staatsregierung zu ersuchen, sofort Neuwahlen auszuschreiben.

Deutschland und die Entente.

Die Konferenz in Spa — 5. Juli.

Berlin, 26. Juni. Der englische Geschäftsträger hat im Namen seiner Regierung der deutschen Regierung offiziell mitgeteilt, daß die Konferenz in Spa am 5. Juli beginnt.

Ein englisch-französischer Kuhhandel auf Kosten Deutschlands.

Paris, 26. Juni. Der „Daily Telegraph" veröffentlicht heute eine Mitteilung, die glaubwürdig zu sein scheint und der in Deutschland besondere Bedeutung beigemessen werden muß. Das Blatt behauptet, daß in Brüssel zwischen Millerand und Lloyd George eine vollständige Übereinstimmung ihrer politischen Grundsätze erzielt worden sei, indem Frankreich sich bereit erklärte, die englische Politik im Orient zu unterstützen, falls England Frankreichs Politik gegenüber Deutschland anerkenne, sich an der Besetzung der Rheinlande beteiligt und nichts tue, was die Interessen Frankreichs in Deutschland stören könne.

Deutschland bleibt unter Kontrolle der Feinde.

Paris, 26. Juni. In der heutigen Sitzung der französischen Kammer wurde die Debatte über den Haushalt des Auswärtigen fortgesetzt. Im Verlaufe der Debatte gab Ministerpräsident Millerand eine kurze Erklärung ab, worin er sagte, daß die französische Kontrollkommission in Deutschland, deren Besugnisse am 31. Juli zu Ende gehen sollten, aufrechterhalten bleibe, und daß das Einvernehmen zwischen England, Italien und Frankreich in seinem Augenblick vollkommener gewesen sei als eben gegenwärtig. Im Laufe der Debatte ergriff Aristide Briand das Wort, um sich mit aller Schärfe gegen die Politik, die Frankreich gegenwärtig in Kleinasien verfolge, zu wenden.

Die Sorge um die Abrüstung Deutschlands.

Die „Daily Mail" meldet, daß die Marschälle Foch und Wilson der Konferenz von Brüssel am 2. Juli beiwohnen werden. Bis dahin werde die Antwort Deutschlands auf die Note wegen der Abrüstung eingetroffen sein. Von dieser Antwort werden alle weiteren Maßregeln der Entente abhängen.

Die chemischen Verhandlungen mit Frankreich abgeschlossen.

Paris, 26. Juni. Die Unterhandlungen der Sachverständigen im chemischen Fach, welche vorige Woche in Paris ihren Anfang genommen hatte, wurden gestern beendet. Die deutschen Delegierten reisen heute abend nach Hause. Sie verpflichteten sich zu vollständigem Stillschweigen über die Ergebnisse der Verhandlungen mit den französischen Unterhändlern, erklärten aber, daß sie von diesen durchaus befriedigt seien.

*

Eine Kundgebung gegen die schwarze Schande.

Freiburg, 26. Juni. Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für eine Politik des Rechts (Heidelberger Vereinigung) veröffentlichen eine Kundgebung, in der es heißt: Genug der schwarzen Schande! Der Rheinische Frauenbund hat dieser Tage einen ergreifenden Protest gegen die zahlreichen Angriffe der französischen Besatzungstruppen auf die Ehre deutscher Frauen und Mädchen im Rheinland veröffentlicht. Der Bund kannte 20 Fälle mit genauen Belegen anführen, darunter 17 mit farbigen Tätern. Uns sind weitere neun Fälle mit genauen, zum Teil grauenerregenden Einzelheiten bekannt. Elfjährige Knaben und Mädchen in kaum heiratsfähigem Alter und hochbetagte Frauen sind unter den Opfern. Doch es besteht Grund zu der Befürchtung, daß auch damit die traurige Liste noch nicht abgeschlossen ist. Es bleibt nur der eine Schluß übrig, daß die französischen Offiziere entweder nicht die Macht oder nicht den Willen haben, die unerhörten Zustände zu beseitigen. Die Versuche der französischen Regierung, die einwandfrei bezeugten Tatsachen abzuleugnen, können wir uns nur dadurch erklären, daß sie von ihren nachgeordneten Stellen nicht wahrheitsgemäß unterrichtet ist. Wir bedauern aufs tiefste die aus anderen Erdteilen stammenden Männer, die im Dienste des die Grenzen der eigenen Volkskraft weit überspannenden Militarismus von einem fremden Gebiet ins andere gehetzt werden. Nicht sie tragen die Schuld, sondern die weißen Machthaber. Gegen diese appellieren wir an die gesamte Kulturwelt, an alle gerecht und ritterlich denkenden Frauen und Männer, auf daß sie alle Macht aufbieten, damit der Besetzung europäischen Landes durch farbige Truppen und den damit verbundenen unvermeidlichen Folgen endlich ein Ende gemacht werde.

Prinz Max von Baden. Staatsrat Dr. Ludwig Haas.
Gräfin Pauline Montgelas. Graf Max Montgelas.
Frau Lina Richter. Frau Marianne Weber.

Die Lage im Reiche.

Warnung vor einem Landarbeiterstreik.

Halle, 26. Juni. Der Arbeitsausschuß des Landwirtschaftlichen Tarifamtes Sachsen-Anhalt hat in seiner Sitzung am Donnerstag in Halle den Beschluß gefaßt, den Landarbeitern dringend zu empfehlen, aus Anlaß des Steuerabzugs keine Arbeitseinstellungen vorzunehmen. Der Arbeitsausschuß des Tarifamtes steht auf dem Standpunkt, daß die Frage der Belastung der Arbeiter durch den Steuerabzug nur im Zusammenhang mit der endgültigen Lohnregelung gelöst werden kann, die nach Bekanntwerden der Preise für die diesjährigen Erzeugnisse ab 15. Juli in Aussicht genommen ist.

Der Streik in Essen beendet.

Essen, 26. Juni. Der Streik der städtischen Arbeiter ist beendet. Die Ausständigen haben nach langen Verhandlungen, die fast die ganze Nacht hindurch gedauert haben, ihre Forderungen zurückgezogen. Sie erhalten lediglich einen Vorschuß von 100 M. Die Arbeit ist bereits im Laufe des Tages in den meisten städtischen Betrieben wieder aufgenommen worden.

Hafenarbeiterstreik in Danzig.

Danzig, 26. Juni. Die Hafenarbeiter sind in den Ausstand getreten. Die Ursache soll die Verhaftung eines Arbeiters sein, der im Hafen gestohlen haben soll. Die Arbeiter hatten die Zurückziehung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200627-19/fragment/page=0001

die Sicherheitspolizei aus dem Hafen gefordert, was von der Behörde abgelehnt wurde.

Arbeitslosenunruhen in Hamburg.

Hamburg, 26. Juni. Nachmittag fand auf der Moorweide eine Versammlung Arbeitsloser statt, nach der es zu Zusammenrottungen kam. Sicherheitswehr zerstreute die Ansammlung. Gegen sechs Uhr war die Ruhe wieder hergestellt.

Ein Brief Hindenburgs zur Volksabstimmung in Marienburg.

Danzig, 26. Juni. Von dem Ersten Bürgermeister von Marienburg war an den Ehrenbürger der Stadt, Generalfeldmarschall von Hindenburg, eine Einladung zum Deutschentag ergangen. Nunmehr ist folgendes Antwortschreiben Hindenburgs an den Ersten Bürgermeister eingegangen: „Da ich nicht nach Marienburg kommen kann, so will ich wenigstens schriftlich meinem festen Glauben Ausdruck geben, daß die Bewohner der alten Ordensstadt an ihrem Deutschtum festhalten und eingedenk des Grundsatzes: „Die Treue ist das Mark der Ehre" am 11. Juli ihre Stimme abgeben werden."

*

Die Bewegung gegen den Wucher.

Bremen, 26. Juni. Die Lebensmittelunruhen haben sich auch auf die Vorstädte ausgedehnt, wo es zu Plünderungen und Ausschreitungen kam. Eine große Anzahl Läden der Vorstädte sind vollständig ausverkauft. Die Geschäfte der Innenstadt, die noch Nahrungsmittel haben, hatten gestern fast alle geschlossen. Schon am frühen Morgen sah man in den Hauptstraßen der Stadt wieder erregte Gruppen. Durch die Aufhebung der Sperre in der Nacht war es lichtscheuem Gesindel, besonders jungen Burschen und auch Frauen wieder möglich geworden, sich im Stadtzentrum anzusammeln und die verstärkten Sicherheitsabteilungen zu belästigen. Durch Sirenen und Glockengeläut wurden darauf die Stadtwehr alarmiert, mit deren Hilfe dann die Hauptstraßen geräumt wurden. Die Lebensmittelkommission hat über die Maßnahmen zu beraten, die am besten zur Beruhigung der Bevölkerung dienen. Sie ist der Meinung, daß es vor allem darauf ankommt, möglichst viel Ware zu annehmbaren Preisen nach Bremen heranzuschaffen, um das Bedürfnis der Bevölkerung zu befriedigen. Sie hat folgendes beschlossen: erstens bei allen Aktionen des Großverkaufs von Obst und Gemüse wirken drei Vertreter der Bevölkerung mit, einer vom Gewerkschaftskartell, einer von der Lebensmittelkommission, einer von den Händlern; zweitens: auch bei kleinen Ankäufen wird diese Kommission für mäßige Preise sorgen; drittens: die drei Vertreter haben sich auf Grund der Großhandelspreise angemessene Kleinverkaufspreise festzusetzen und zu veröffentlichen. Auch mit den Vertretern des Gemüsebaues wird über angemessene Preise verhandelt.

Mainz, 26. Juni. Am Obstgroßmarkte herrschte sehr erregte Stimmung. Die Polizei war stark vertreten und kontrollierte die Preise. Außerdem hatte sich eine große Menge von Arbeitern eingefunden, die von Stand zu Stand gingen und die Ermäßigung der Verkaufspreise auf einen bisher noch nicht dagewesenen Stand erzwangen. Kirschen wurden für 60 ₰ bis 1 ℳ pro Pfund angeboten, Erdbeeren zu 1,50 bis 3 ℳ verkauft. Auch auf dem Gemüsemarkt wurden die Preise herabgesetzt. Unter diesen Umständen war der Markt bald ausverkauft, da der Nachschub zurückgehalten wurde.

Oldenburg, 26. Juni. Gestern morgen versammelte sich eine große, nach Tausenden zählende Menschenmenge auf dem Pferdemarkt, zog dort truppweise durch die Geschäfte und stellte an die Geschäftsinhaber die Forderung, die Preise für Lebensmittel, Schuhwaren und Konfektionssachen um ein Drittel herabzusetzen. Eine Kontrollkommission werde in kurzer Zeit die Geschäfte wieder kontrollieren und zu Zwangsmaßnahmen greifen, wenn die Geschäftsinhaber der Aufforderung nicht nachgekommen sein sollten. Der Zug bewegte sich dann zum Marktplatz, wo in Ansprachen zur Ruhe und Ordnung aufgefordert und wobei betont wurde, daß sich diese Demonstration lediglich gegen die Wucherpreise richte. Sollte bis heute keine Herabsetzung der Preise erfolgt sein, so soll in den Betrieben die Arbeit niedergelegt werden.

Ausschreitungen gegen Lebensmittelhändler in Mainz.

Mainz, 26. Juni. Die Bewegung zur Preissenkung auf dem Obstmarkt hat heute zu unliebsamen Ausschreitungen geführt. Die Polizei konnte nicht verhindern, daß ein Teil der Menge in verschiedene Lebensmittelgeschäfte eindrang und diese zwang, Waren unter dem Einkaufspreis zu verkaufen.

Politische Übersicht.

Österreich.

Deutschböhmen vor dem Generalstreik.

Prag, 26. Juni. Heute tritt das ganze Egerland in einen eintägigen Generalstreik gegen das am Sonnabend von der Nationalversammlung beschlossene Kriegsanleihegesetz. Alle Ämter, Institute und Fabriken bleiben geschlossen. Die Arbeit wird ruhen. Sollte dieser eintägige Generalstreik bei der Prager Regierung den gewünschten Eindruck nicht hervorrufen, so soll ganz Deutschböhmen in den Generalstreik treten.

Das vom tschechischen Parlament gegen die Stimmen der deutschen Parteien beschlossene Kriegsanleihegesetz hat die Wirkung, daß die Besitzer österreichischer Kriegsanleihe ihr Geld nahezu völlig verlieren. Da in Böhmen nur von den Deutschen Kriegsanleihe gezeichnet wurde, die Tschechen ihren geringen Besitz, den sie zeichnen mußten, längst abgestoßen haben, handelt es sich um ein Ausnahmegesetz gegen die Deutschen in der Tschecho-Slowakei, von dem die deutschböhmische Industrie wie der kleine Sparer schwer getroffen werden.

Polen.

Die Polen räumen Ostgalizien.

Prag, 25. Juni. Auf der hiesigen polnischen Gesandtschaft verlautet, daß die polnische Regierung die Räumung Ostgalizien vorbereite. Die polnische politische Landesverwaltung bereitet sich auf die Abreise vor, und zwar bis nach Wielitz im Plebiszitgebiet. Der Einfall der Bolschewisten nach Ostgalizien wird in den nächsten Tagen erwartet.

England.

Paris, 25. Juni. Der Kongreß der englischen Arbeiterpartei nahm meine Resolution an, in der gegen die Gewaltmaßregeln der englischen Regierung in Indien protestiert wird, und eine zweite Entschließung, die fordert, daß die englische Regierung die Unabhängigkeit Ägyptens achte. Nach lebhafter Aussprache wurde der Beschluß gefaßt, daß das irische Volk das volle Recht habe, die Form seiner Regierung selbst zu wählen. In einer Rede erklärte das Mitglied des Unterhauses Thomas, daß die Vertreter der Sinnfeiner Lloyd George erklärt hätten, daß die irische Politik auf dem Grundsatze beruhe „Auge um Auge, Zahn um Zahn" und daß diejenigen, die Polizisten getötet hätten, gerechfertigt seien, weil Irland bereits Ausland sei. Thomas ist der Ansicht, daß eine Lösung des irischen Problems mit den Sinnfeinern unmöglich sei. Er richtet die Forderung an die englische Regierung, daß sie der Arbeiterpartei gestatte, der Regierung bei der Lösung des irischen Problems behilflich zu sein.

Drohende Verschärfung der irischen Krisis.

Wie die englischen Blätter melden, richtete das Komitee der Sinnfeiner ein Ultimatum an die britische Regierung, in dem die sofortige bedingungslose Zurückziehung der englischen Truppen aus Irland gefordert wird. Falls die Erfüllung dieser Forderung abgelehnt wird, ist das Sinnfeiner-Komitee entschlossen, einen Aufruf an die Nationalisten Irlands zu richten, um den Kampf gegen das britische Militär in regulärer Weise aufzunehmen.

*

Englands Vormachtkämpfe in der Türkei.

Mit einer erstaunlichen Rücksichtslosigkeit und Zielsicherheit geht England jetzt im nahen Orient zu Werke. Es will hier in Besitz von Konstantinopel gelangen und alle Mittel sind ihm dabei recht. Da es auf dem Wege über den „Friedensvertrag" mit der Türkei nicht glatt genug geht, weil Mustapha Kemal und die Nationalisten sich gegen diesen Vertrag wehren, wird es England eben mit Gewalt erzwingen. Und wie immer, wenn England seine Kriege führt, läßt es andere sich für bluten. In diesem Falle sind Frankreich und Griechenland die Söldner der Briten. Mit diesem Geschick wußte die Londoner Regierung beide Länder für ihren Plan zu begeistern, so daß sie mit großem Eifer — ohne zu ahnen, daß es für England ist — ans Werk gingen. Jetzt fällt die Maske von Englands Plänen mit Griechenland. Die Briten haben die Vergrößerung dieses Landes nur deshalb betrieben, um es zu einem britischen Vasallenstaat zu machen. Als sich der Rat der Mitierten, um dem Wettbewerb und dem gegenseitigen Neid der Großmächte die Spitze abzubrechen, entschloß, Griechenland das „Mandat über Konstantinopel" zu übertragen, wußte die Welt noch nicht, daß ein britischer Prinz den griechischen Thron besteigen würde und daß griechische Konstantinopel durch diese Schiebung unter englische Gewalt kommen muß. Man kann dieser Intrigienpolitik, die sich über alle Bedenken hinwegsetzt, die eigenen Verbündeten prellt und mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker noch Verbrecherisches treibt, eine gewisse Großzügigkeit nicht absprechen. Den überlegenen Schachzügen der Londoner Diplomaten fallen so in allen Erdteilen die Erfolge des Weltkrieges fast mühelos in den Schoß. Sie haben soeben im Kampf um Konstantinopel einen meisterhaften Schachzug getan.

England legt die Hand auf Griechenland.

Paris, 26. Juni. Die Nachricht von der bevorstehenden Abdankung König Alexanders von Griechenland und von Thronbesteigung des Herzogs von Connaught wird als unmittelbar bevorstehend bezeichnet.

Französische Erregung gegen Englands Orientpolitik.

Paris, 26. Juni. Die „Action Francaise" meldet heute, daß das Vorgehen Englands, das Griechenland die Erlaubnis gegeben habe, mit seinen Streitkräften die Nationalisten anzugreifen, damit zu erklären sei, daß der griechische König Alexander demnächst auf den Thron verzichten und der Herzog von Connaught diesen besteigen werde. Deshalb sei anzunehmen, daß die Türken nicht in Konstantinopel bleiben werden, sondern daß die Stadt schließlich an das neue Griechenland unter englischer Herrschaft fallen werde. Gegen diese Möglichkeit wendet sich die Pariser „Information" mit größter Schärfe. Das Blatt erklärt, daß Frankreich gar kein Bedürfnis empfinde, England in seinen Operationen auf Konstantinopel zu unterstützen. Das hieße nichts anderes als den Krieg im Orient fortsetzen. Frankreich sei gewiß der Freund Englands, wenn es friedliebend, liberal und zivilisatorisch sei. Aber wenn England weiterhin seinen Weltkrieg fortsetzen wolle, würde Frankreich sich ähnlich bedroht fühlen müssen und käme allmählich in die Frage, seine unbedingte Gefolgschaft zu verweigern, die es auf wirtschaftlichem Gebiet widerrechtlich an England abtreten mußte.

Die Kämpfe bei Konstantinopel.

Die aus dem Vorstoß der türkischen Nationalisten in der Richtung auf das Marmarameer entstandenen Kämpfe dauern an. Die ihnen gegenüberstehenden, an Zahl unterlegenen englisch-ägyptischen Streitkräfte sind, wie berichtet, zum Teil bei Ismid eingeschlossen, zum Teil auf ihrer Basis östlich von Konstantinopel zurückgedrängt. Kemal Pascha hat anscheinend nach wie vor das Heft in der Hand. Er dürfte sich kein geringeres Ziel gesetzt haben als die Eroberung von Konstantinopel. Wie ernst die Lage für die Engländer bereits geworden ist, geht aus der nachstehenden Pariser Meldung hervor:

Nach einer Meldung der „Evening News" aus Konstantinopel vom 21. Juni landete eine Truppenabteilung der türkischen Nationalisten in Cyleimedje, im Westen von Konstantinopel auf dem europäischen Ufer des Marmarameeres.

Es dürfte sich bei diesem Ort um das Dorf Tschekmedsche handeln, das unweit von San Stefano ungefähr an der Stelle liegt, wo die Orientbahn westlich von Konstantinopel die Küste des Marmarameeres erreicht. Wenn die türkischen Nationalisten hier „gelandet" sind, so wird es sich angesichts der Tatsache, daß die im Marmarameer und vor Konstantinopel liegenden englischen und französischen Kriegsschiffe unbedingt die See beherrschen und bei Tschekmedsche gelandete Streitkräfte sofort wirksam unter das Feuer ihrer schweren Geschütze nehmen können, nur um einen kleinen Truppenkörper handeln. Einstweilen sind die Ententetruppen in Konstantinopel sicherlich noch Herren der Lage, wenn auch die Tatsache, daß bei Stutari schwere Batterien angelegt werden, dafür spricht, daß sich Engländer und Franzosen bei einem wirklich drohenden ernsten Angriff auf eine engere Verteidigung Konstantinopels und seiner Zugänge einrichten. Schon damit ihnen das Goldene Horn nicht zu einer Mausefalle wird, wie einst in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts für den englischen Admiral, der damals die Dardanelleneinfahrt forciert hatte.

Mustapha Kemal kündigt den Waffenstillstand mit den Franzosen.

Paris, 26. Juni. Aus Angora wird gemeldet, daß Mustapha Kemal Bey mit dem französischen General Gouraud abgeschlossenen Waffenstillstand gekündigt habe. Er fordert die Räumung von Adana und den Abzug der französischen Truppenabteilungen von Heraklea und Zonguldak, ebenso die Übergabe der Bergwerke an die türkischen Nationalisten. Falls diese Forderungen nicht bewilligt werden, werde er die Franzosen im Kohlengebiet angreifen. Die britischen Flugzeuge, welche gestern das Gebiet von Ismid überflogen, mußten starke Truppenabteilungen erkennen, welche sich in Richtung nach Heraklea fortbewegten. Die Nationalisten haben ein dringendes Bedürfnis nach Kohlen und wollen Konstantinopel in eine schwierige Lage bringen, indem sie es der Kohlenzufuhr berauben. Der Belagerungszustand über Ismid wurde verschärft und auch auf das Gebiet von Mattepe und Guelsa an der Grenze südlich von Konstantinopel ausgedehnt.

Der englische Heeresbericht.

Paris, 26. Juni. Das britische Hauptquartier veröffentlicht folgenden Bericht aus Kleinasien: Die 13. Division griff gestern Salihili und das Gebiet um das Marmarameer an. Salihili wurde erobert und das Gebiet um das Marmarameer im Sturm genommen. Eine Kavallerieabteilung ritt bis Kula vor. Gefangene wurden gemacht und Kanonen erbeutet.

Englands Sorge über die Lage in Kleinasien.

Dem „Temps" wird aus London telegraphiert, daß der Eindruck in englischen Regierungskreisen wegen der Lage in Kleinasien außerordentlich ernst sei. Man befürchte, daß Mustapha Kemal Konstantinopel angreifen werde und daß trotz der Unterstützung der griechischen Armee die Lage im Gebiet von Adana sehr schwierig sei. Die türkischen Nationalisten behaupten jetzt ganz Anatolien mit Ausnahme der Inseln von Ismid und der griechischen Zone von Smyrna. Sie verfügen über 50 000 Mann mit bedeutenden Reserven an Munition. Die englischen Soldaten, welche Ismid verteidigen, werden durch griechische Hilfstruppen verstärkt. Seit zwei Tagen wurden die Feindseligkeiten im Gebiet von Ismid eingestellt. Aber daraus dürfe nicht der Schluß gezogen werden, daß die Anhänger Mustapha Kemals den Gedanken, Ismid zu erobern, aufgegeben hätten. Es habe vielmehr den Anschein, als ob die Gegenseite den Guerillakrieg organisiere, um die griechische Armee auf diese Weise außer Gefecht zu setzen und die Basis der englischen Kriegsschiffe in den Dardanellen zu zerstören. Mustapha Kemal soll erklärt haben, daß er nicht genügende Truppenbestände habe, um den Krieg in größerer Ausdehnung zu führen.

Ein angeblicher Sieg der Griechen?

London, 26. Juni. (Havas.) Die griechische Delegation in London bringt aus Smyrna die offizielle Nachricht, daß die griechischen Truppen in Philadelphia (?) eine türkische Armee eingeschlossen hätten, wobei sie 8000 Gefangene machten und viele Geschütze erbeuteten.

Deutschland.

Die süddeutschen Demokraten für Betonung des Nationalen in der Partei.

München, 26. Juni. Der Vertretertag der deutsch-demokratischen Partei für Oberbayern und Schwaben forderte in einer Tagung einmütig eine stärkere Betonung des bürgerlichen und nationalen Charakters der Partei unter Wahrung der demokratischen und sozialen Grundsätze und einen scharfen Trennungsstrich nach rechts und ein Abrücken von Organen, wie „Berliner Tageblatt" und „Frankfurter Zeitung", deren Tendenz keinen Widerhall in den breiten Massen der demokratischen Wählerschaft finde. Bezüglich der Politik in Bayern wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Weigerung der sozialdemokratischen Mehrheitspartei, an der Regierung teilzunehmen, für die Deutschdemokratische Partei kein Grund sei dafür, der Regierung ferne zu bleiben.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 25. Juni.

Haus und Tribünen weisen eine ähnliche Fülle wie am gestrigen Tage auf. Die Ministerbänke sind auf der rechten Seite ganz leer, auf der linken Seite weisen sie große Lücken auf. Als Schriftführer walten heute Fischer (Soz.) seines Amtes, der gestern dem Rufe des Alterspräsidenten wegen vorübergehender Abwesenheit nicht Folge leisten konnte.

Alterspräsident Riefe eröffnet die Sitzung und läßt die dem Hause zugegangenen Eingänge verlesen, darunter bereits einige Interpellationen. Er verliest sodann die für die

Wahl des Reichstagspräsidenten

maßgebenden Bestimmungen. Die Wahl geht nach langem vor sich. Das Haus gleicht während derselben einem aufgeregten Bienenschwarm.

Die Abstimmung ergibt die Wahl des Abg. Loebe (Soz.) mit 394 von insgesamt 459 Stimmen. Auf Anfrage des Alterspräsidenten Riefe erklärte sich Abg. Loebe bereit, das Amt anzunehmen und nimmt den Präsidentensitz ein.

Präsident Loebe dankt dem Hause für die große Ehre, die ihm durch Übertragung dieses Amtes geworden sei. Die Rechte, die der Reichstag durch die neue Verfassung erfahren hat, zu wahren, werde seine Hauptaufgabe sein. Die größen Schwierigkeiten, die uns der Krieg hinterlassen habe, würden hier im Hause noch oft ihren Widerhall finden, wie überhaupt ein engeres Zusammenschmieden der Ansichten gar keine unmögliche Forderung sei. Hätten doch selbst die äußerste Rechte und die äußerste Linke sich wiederholt zusammengefunden (stürmische Protestrufe bei den Unabhängigen), wenn es gegolten habe, äußerste Not zu lindern. (Sehr lebhafter Beifall und Bravorufe.) Der Präsident erwähnt sodann die Verdienste Fehrenbachs, der ihm ein leuchtendes Vorbild sein werde.

Das Haus schreitet sodann zur

Wahl des 1. Vizepräsidenten.

Vorteigemäß hat hierauf die Unabhängige Sozialdemokratische Partei den Anspruch; sie hat den Abg. Ditmann aufgestellt. Die Wahl vollzieht sich in derselben Form wie bei der Präsidentenwahl. Insgesamt waren 397 Stimmen abgegeben, davon entfielen auf den Namen Ditmann 236 Stimmen, er ist somit gewählt und nimmt die Wahl an. 156 Stimmen bleiben weiß, 5 Stimmen zersplittert.

Das Haus schreitet zur Wahl des 2. Vizepräsidenten, für den der Abg. Bell (Ztr.) in Vorschlag gebracht ist. Er wird mit 256 Stimmen gewählt.

Für den 3. Vizepräsidenten ist der Abg. Dietrich (Dntl.) in Vorschlag gebracht. Er wird mit 269 Stimmen gewählt.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) schlägt vor, die noch ausstehenden Schriftführerwahlen durch Zuruf zu erledigen.

Abg. Lebebour (U. S.) widerspricht. Seine Partei habe seinerzeit das Angebot gemacht, alle Wahlen en bloc vorzunehmen, ihm habe die Rechte widersprochen.

Abg. Schulz-Bromberg (Dntl.) betont, seine Partei habe keine Demonstration ausüben wollen, sondern lediglich der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die von den Unabhängigen vorgeschlagenen Persönlichkeiten nicht die rechten seien.

Abg. Lebebour (U. S.). Wenn die Deutschnationalen erst heute mit ihren Bedenken herausgekommen seien, so müßte er dies Verhalten als hinterhältig bezeichnen. (Unruhe.)

Präsident Loebe rügt den Ausdruck hinterhältig.

Die Wahl der acht Schriftführer erfolgt nunmehr nach der bisherigen Art, aber in einem einzelnen Wahlgang.

Als Schriftführer werden gewählt die Abgeordneten: Fischer (Soz.), Frau Schuch (Soz.), Frau Agnes (U. S.), Dr. Pfeiffer (Ztr.), Malkewitz (Dn.), Kempkes (D. Vp.), Beuermann (D. Vp.), Heile (Dem.).

Zur Geschäftsordnung begründet Abg. Lebebour (U. S.) einen Antrag seiner Partei, die gegen den Abg. Wittrock verhängte Festungsstrafe aufzuheben. Er wolle nicht auf den sachlichen Inhalt eingehen, betone aber auch so die Dringlichkeit.

Der Präsident erklärt das für möglich, wenn sich kein Widerspruch erhebe.

Abg. Müller-Franken (Soz.) beantragt Überweisung des Antrages Lebebour an die schleunigst zu bildende Geschäftsordnungskommission.

Der Antrag wird angenommen.

Nächste Sitzung Montag vormittag 11 Uhr. Entgegennahme einer Regierungserklärung; außerdem mehrere Interpellationen.

Schluß 47 Uhr.

Provinz und Umgegend.

† **Naumburg, 26. Juni.** Im „Schwarzen Roß" hier fand vorgestern die Mitgliedervollversammlung der Ortsgruppe Naumburg des Gewerkschaftsbundes deutscher Verwaltungsbeamter statt, die sehr zahlreich besucht war. Nach Mitteilung des Geschäfts- und Kassenberichtes seitens der betreffenden Vorstandsmitglieder hielt der Vorsitzende der Bezirksgruppe Kulturobersekretär Nebel-Merseburg einen 2¼ stündigen Vortrag über Beamtenfragen. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Den Dankesworten des 1. Vorsitzenden der Ortsgruppe Naumburg, Rechnungsrat Herold, für den Vortrag und die unermüdliche Tätigkeit des Bezirksgruppenvorsitzenden für das Wohl aller Beamten schloß sich im Namen aller Versammelten Landrat Frhr. v. Scheele mit der Bitte an, den Vortrag in kürzester Zeit vor der gesamten Naumburger Beamtenschaft zu wiederholen. Diesem Wunsche wird der Vortragende anfangs Juli entsprechen. Lebhafte Klage geführt wurde in der Versammlung über die Verweisungsbeamten der Kreise Weißenfels und Zeitz. Alle Bemühungen der Bezirksgruppe Merseburg, in diesen Kreisen Ortsgruppen zu bilden, sind an der Gleichgültigkeit der dortigen Beamten leider gescheitert. Wann wird endlich die gesamte Beamtenschaft einsehen, daß ihre gewerkschaftliche Organisation unbedingt notwendig ist? Hoffentlich nicht erst dann, wenn es zu spät ist.

† **Göttingen, 26. Juni.** Im benachbarten Herberhausen verschaffte sich der 13 jährige Sohn des Ehepaars Albrecht in Abwesenheit seiner Eltern ein Fesching und einen Revolver, um die Sperlinge aus dem Kirschbaum zu verjagen. Beim Sprung in den Graben ging der Revolver los und das Geschoß traf das Herz des Jungen, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Merseburg und Umgegend.

26. Juni.

** **Den gefürchteten Siebenschläfertag** bringt uns der morgige Sonntag (27. Juni) wieder. Gefürchtet ist er von der Landwirtschaft wie von den Urlaubern in gleicher Weise, da der Volksmund von diesem Tage das Wetter während voller sieben Wochen, die ihm folgen, abhängig macht. Nun ist das zwar nicht allzu schlimm, man hat schon Siebenschläfertage mit Wolkenbrüchen erlebt und hinterher sieben Wochen in der Sonnenhitze gebraten wie ein Apfel in der Ofenröhre. Etwas wahres ist an der Siebenschläferregel insofern, als im allgemeinen eine längere Regenperiode dann zu erwarten ist, wenn um den Siebenschläfertag herum, also in den letzten Junitagen, dauernd bedeckes und regnerisches Wetter vorherrscht. Man muß in diesem Falle annehmen, daß bei dem Mangel an starken Luftströmungen in den höheren Schichten, wie ein solcher Mangel gerade im Sommer sehr gewöhnlich ist, eine rasche Verteilung angesammelter Regenwolken nicht stattfindet und daß infolgedessen das durch die Erde ausgedünstete Wasser immer wieder in Form von Regen an den gleichen Landbezirk niedergeht. Um eine solche Erklärung aber nur halbwegs plausibel zu machen, ist es natürlich Vorbedingung, daß man sich vom Auftreten eines plötzlichen, aus irgend einer Veranlassung eingetretenen Regenguß am Siebenschläfertage keine prophetischen Wirkungen versprechen kann. — Den Namen Siebenschläfer führt dieser Tag, wie allseitig bekannt, nach einer alten Volkssage. Danach sollen im 5. Jahrhundert nach Christi unter dem römischen Kaiser Decius sich sieben Brüder in einer Höhle vor der Christenverfolgung verborgen haben und erst nach hundert Jahren im Starrkrampf, aber noch lebend, wieder aufgefunden sein.

** **Erholungsheime für Versicherte.** Wie der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt in einer Bekanntmachung in der heutigen Zeitung bekannt gibt, wird das Erholungsheim für männliche Versicherte in Bad Berka in Thüringen zum Anfang Juli wieder eröffnet. Bad Berka ist ein ausbluhender klimatischer Kurort, inmitten ausgedehnter Nadel- und Laubholzwaldungen in den Vorbergen des Thüringer Waldes anmutig an der Ilm gelegen. Er ist mit einer Kleinbahn in einer Stunde von Weimar aus zu erreichen. Wir weisen auf die Bekanntmachung besonders hin.

** **Aus Bergweißung.** Am vergangenen Mittwoch stürzte sich ein 15jähriges Mädchen aus dem Fenster des zweiten Stocks ihrer elterlichen Wohnung in der Kaiserstraße. Sie trug einen schweren Beinbruch davon und wurde dem städtischen Krankenhaus überwiesen.

** **Die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen nach dem neuen Gesetz** wird in einem Artikel im 2. Blatt unserer heutigen Zeitung, der uns aus unserem Leserkreise zur Verfügung gestellt wurde, ausführlich und leicht verständlich dargelegt. Bei der großen Bedeutung des Gesetzes empfehlen wir die Abhandlung eingehendem Lesen aller Kreise und Aufsehen der Zeitung.

** **Zur Verhütung von Eisenbahnunfällen** wiederholt der kommissarische Landrat unseres Kreises im heutigen Amtsblatt seine schon öfters erlassene Warnung, die wir eindringlichst der allgemeinen Beachtung empfehlen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200627-19/fragment/page=0002

** **Domgymnasium.** Da sich die Berufswahl zu einer immer schwierigeren Frage für Schüler und Eltern gestaltet, hat sich Oberlehrer Dreisner am hiesigen Domgymnasium in uneigennütziger Weise bereit erklärt, in dieser Frage Schülern und Eltern ein wohlwollender Berater zu sein. Eltern und Schüler mögen sich vertrauensvoll an ihn wenden. — Da Gymnasiallehrer Geyer am 1. Juli seine Stellung in Merseburg aufgibt, um einem Rufe nach Glauchau in Sachsen zu folgen, der ihm am dortigen Realgymnasium eine Stellung als ständiger Fachlehrer sichert, wurde die wöchentliche Schlußandacht am heutigen Sonnabend zu einer Art Abschiedsfeier ausgestaltet. Sie wurde durch den Gesang des Domchors „Der Herr ist mein Hirte" von Bernhard Klein unter der Leitung des Dirigenten Berger eingeleitet. Hierauf richtete Direktor Dr. Pilling an die Lehrerschaft und die Schüler, vor allem aber an Gymnasiallehrer Geyer einige Worte, die auf Folgendes hinwiesen: Es sei dem scheidenden Herrn Geyer eine kurze Zeit beschieden gewesen, an der hiesigen Anstalt zu wirken. Dann sei er, dem Rufe des Vaterlandes folgend, hinausgezogen, um mit seinem Leben die von Feindesgier bedrohte deutsche Erde zu verteidigen. Nachdem der Krieg nicht so ausgegangen war, wie er mit allen anderen gehofft hat, sei er zu friedlicher Tätigkeit zurückgekehrt. Wenn auch seine und aller Deutschen Hoffnungen vernichtet worden wären, so würden doch die Gefahren, die er voll Begeisterung auf sich genommen habe, ein bleibendes Gut seines Lebens sein, auf das er stolz sein könne. Er habe sich an der hiesigen Anstalt die Zuneigung und das Vertrauen der Lehrerschaft und der Schüler aller Klassen erworben. Dies würde auch, in seiner neuen Tätigkeit wieder der Fall sein, die vielleicht seinen Anlagen und Fähigkeiten in noch höherem Grade als die hiesige Anstalt entsprechen würde. Die Lehrerschaft und die Schüler sähen ihn sehr, sehr ungern ziehen. Mit dem Gesang des Domchors „Zum Abschied" von Karl Stein, wurde darauf die Feier geschlossen.

** **Die Jubelfeier der Landwirtschaftlichen Winterschule.** Wie bereits mitgeteilt, findet das 50jährige Jubiläum der Landwirtschaftlichen Winterschule zu Merseburg am 29. und 30. Juni statt. Der Festausschuß hat für die Jubelfeier folgendes Programm festgelegt: Dienstag den 29. Juni, 11 Uhr vormittags: Festsitzung in der neuen Turnhalle; 3 Uhr nachmittags: Zusammentreffen der einzelnen Jahrgänge der Schule im Tivoli, Neuen Schützenhaus und Casino; von 4 Uhr ab Gartenkonzert im Neuen Schützenhaus; von 7 Uhr ab Ball im Neuen Schützenhaus und Casino. Mittwoch den 30. Juni, vormittags Besichtigung der neuen Schulräume (Unterastenberg 12), von nachmittags 4 Uhr ab Gartenkonzert im Zoologischen Garten und der Saalschlußbrauerei in Halle. Festteilnehmer, die der Versuchswirtschaft Lauchstedt einen Besuch abzustatten wünschen, können an diesem Tage nach Lauchstedt fahren und nach Halle nachkommen. Ehemaligen Schülern der Jahrgänge 1869—1889 ohne Angehörige wird bei rechtzeitiger Anmeldung eine Beschränkung der Teilnamerie am Vormittag des 2. Festtages freigestellt. Der Zutritt zu den Festlokalen ist nur Inhabern von Festkarten gestattet.

** **Jahresversammlung des Gustav-Adolf-Vereins.** Mit einer Begrüßung in der Martinskirche in Halberstadt begann die Jahresversammlung des Gustav-Adolf-Vereins, in der Stadträtlester Kühne die zahlreich Erschienenen im Namen der Stadt begrüßte, wofür im Namen des Hauptvereins Konsistorialrat Prof. D. Feine-Halle dankte. Die Festpredigt hielt Generalsuperintendent D. Jacobi-Magdeburg. Die Kollekte ergab 1000 M. In der imposanten Abendversammlung gab der Vorsitzende des Zentralverbandes ein lebendiges und erschütterndes Bild von der Lage der deutschen evangelischen Kirche in den östlichen Abtretungsgebieten. Eine Tellersammlung ergab 714 M. An Liebesgaben, die von Schulkindern gesammelt waren, wurden insgesamt 11359 M übergeben. Es wurden noch eine Reihe weiterer Gaben gespendet. Die nächste Tagung findet in Wernigerode statt. Mittwoch früh versammelten sich die Vertreter des Zweigvereins mit dem Hauptvorstand zu ernster Arbeit.

** **Der Verein ehem. 12er Husaren** begeht am morgigen Sonntag in der Funkenburg sein 38. Stiftungsfest. Für den Nachmittag ist ein großes Gartenkonzert vorgesehen. Das Nähere geht aus dem Anzeigenteil der heutigen Zeitung hervor.

** **Die Ortsgruppe Merseburg des Deutschen Musiker-Verbandes** hält morgen, Sonntag, vormittags 9 Uhr, im „Tivoli" eine wichtige Versammlung ab. Auf die Anzeige in der vorliegenden Zeitung sei hingewiesen.

** **Der Verein für Feuerbestattung** hält seine Versammlung acht Tage später wie angekündigt, also am Sonnabend, den 3. Juli ab.

** **In den Kammerlichtspielen** wird bis Montag ein vorzügliches Programm geboten. Das erweiternde Sittendrama „Die Nacht der Entscheidung" läßt uns einen Blick in die höchsten Gesellschaftskreise werfen und fesselt die Besucher bis zum Ende. Das Lustspiel „Kohlbiesels Töchter" zeigt uns die berühmte Filmschauspielerin Henny Porten in einer Doppelrolle und wirkt ungemein erheiternd auf die Zuschauer. Ein Besuch des Theater lohnt also sicherlich.

** **Tivoli-Theater.** Am Sonntag findet, wie bereits mitgeteilt, eine Aufführung des erfolgreichen Volksstückes „Der Augenklicker" oder „Straßenjunge und General" statt. Am Donnerstag wird zum ersten Male der 3aktige Schwank „Der Sohn mit dem?" von Fischer und Jarno gegeben.

** **Zum Großbritannischen Generalkonsul** mit dem Amtssitze in Berlin ist Herr Archibald Campbell Gibson von ernannt worden. Zu seinem Amtsbezirk gehört auch die Provinz Sachsen.

** **Besondere Bestimmungen für die sogenannten Hausbedarfslehrmädchen** werden im Stück 25 des Amtsblattes der hiesigen Bezirksregierung vom 19. Juni veröffentlicht. Wir machen die Handwerksmeister sowie die Inhaber von Damenschneider- und Putzmacherhandwerksstätten auf diese vom Regierungspräsidenten erlassene Bekanntmachung noch besonders aufmerksam.

** **Taufen ohne Hebammen.** Wie die Vereinigung deutscher Hebammen in der heutigen Zeitung bekannt gibt, werden die Hebammen vom 1. Juli ab nicht mehr bei Taufen tätig sein, auch sonst jede Unterstützung hierzu unterlassen. Den Herren der Schöpfung eröffnet sich also ein neues Betätigungsfeld, das sie sich bisher vom Halse hielten.

** **Vierzehntägige Aufenthaltsbewilligung für die Fremden in Bayern.** Das bayerische Ministerium wird in den nächsten Tagen, vom 1. Juli ab, die allgemeine Zulassung der Fremden in Bayern zu vierzehntägigem Aufenthalt bei einer Beherbergungsziffer von 50 Prozent der Betten anordnen. Nur wenige Bezirke mit Arbeiterbevölkerung hatten beim Ministerium die Beibehaltung der bisherigen Beschränkungen beantragt. Ihnen wurde bedeutet, daß die Fremdenindustrie nicht vernichtet werden dürfe und der Fremdenverkehr unbedingt zugelassen werden müsse, soweit es die Verpflegungsverhältnisse gestatten. Auch das Reich lasse eine weitere Einschränkung nicht zu.

** **Die Telephon-Zwangsanleihe.** Das Deutsche Reich haftet für den der Telegraphenverwaltung von den Anschlußinhabern zum Ausbau des Fernsprechnetzes zur Verfügung zu stellenden einmaligen Beitrag ebenso wie für die Reichsanleihen. Die Zinsen werden dem Anschlußinhaber am Schlusse jedes Rechnungsjahres (Ende März) ausgezahlt. Eine Aufrechnung gegen die Anfang April einzuziehenden Fernsprechgebühren ist aus Verwaltungsrücksichten nicht in Aussicht genommen.

*

Vorläufig kein zehnprozentiger Lohnabzug?

Aus Berlin wird uns berichtet: Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, ist von den drei Regierungsparteien und der sozialdemokratischen Fraktion der gemeinsame Antrag gestellt worden, die Erhebung des zehnprozentigen Abzugs vom Lohn vorläufig bis zur Regelung der technischen Fragen zu suspendieren.

*

Aus der Stadtverwaltung.

Die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am kommenden Dienstag beschäftigt sich mit folgenden Anträgen des Magistrats:

Zur neuen städtischen Besoldungsordnung

richtet der Magistrat an die Stadtverordnetenversammlung den Antrag, folgenden Beschluß fassen zu wollen:

Die Besoldungsordnung erhält in Gruppe 3, 4, 5 und 6 folgenden Wortlaut:

Gruppe 3.

Botenmeister und Beamte in ähnlicher Stellung.

Gruppe 4

Polizeiwachtmeister für den Straßendienst, Vollziehungsbeamte, Schlachthofhallenmeister, Bauaufseher und ähnliche Beamte.

Gruppe 5.

Polizeiwachtmeister für den Innendienst. Als solche sind anzusehen:

a) diejenigen Polizeiwachtmeister, welche gemäß § 13 des Gemeindebeschlusses vom 18. Februar 1919 — I. 339/19 — von der Ablegung von Prüfungen befreit sind, nach Vollendung des 6. Dienstjahres nach der endgültigen Anstellung;

b) Polizeiwachtmeister, welche die Oberwachtmeisterprüfung bestanden haben, nach Ablauf von 2 Jahren nach bestandener Prüfung, jedoch nicht vor Vollendung des 6. Dienstjahres nach der endgültigen Anstellung.

Kriminalwachtmeister, Polizei-Oberwachtmeister für den Straßendienst.

Verwaltungs- und Kassenassistenten.

Bau- und Vermessungsassistenten

Die Wohlfahrtsbeamten, Stadtgärtner, Registrator, Rohr-, Gas- und Maschinenmeister der städtischen Werke.

Gruppe 6.

Polizei-Oberwachtmeister für den Innendienst.

Magistratssekretäre, Kämmereikassen-, Sparkassen- und Werkbuchhalter usw. wie bisher.

Nur ist bei dem Bausekretär und bei dem Vermessungssekretär in Zeile 2 das Wort „endgültigen" zu streichen.

Im übrigen bleibt die Besoldungsordnung unverändert.

Begründung: Die Fassung der Niederschrift über den Stadtverordnetenbeschluß vom 21. Juni 1920 — I. 1749/20 — läßt bezüglich der Einreihung der Polizeiwachtmeister und Oberwachtmeister verschiedene Deutungen zu, wie auch uns bekannt geworden ist, daß über den sachlichen Inhalt des gefaßten Gemeindebeschlusses in dieser Beziehung bei Beteiligten und Außenstehenden verschiedene Auffassungen bestehen. Im Einvernehmen mit dem Beamtenrat und der Deputation der Allgemeinen Verwaltung wird daher beantragt, zur völligen Klarstellung den obenerwähnten Beschluß fassen zu wollen, durch welchen erreicht wird, daß die Polizeiwachtmeister bei ihrem Aufrücken in höhere Stellen in gleicher Weise behandelt werden wie die Assistenten.

Im übrigen hat sich der Magistrat mit den abführenden Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung einverstanden erklärt, um das Inkrafttreten der Besoldungsordnung im Interesse der Beamten nicht noch weiter hinauszuziehen, wenn auch das Herausheben einer einzelnen Gruppe selbstverständlich jetzt wiederum eine ganze Reihe von Anträgen anderer Gruppen und einzelner Beamten ausgelöst hat. Der Magistrat steht aber mit dem Beamtenrat und der Deputation der Allgemeinen Verwaltung auf dem Standpunkt, daß die einmal beschlossene Besoldungsordnung nunmehr schleunigst in Kraft treten muß, zumal nach Ansicht dieser Stellen die Einzelanträge entweder nicht gerechtfertigt sind oder sich durch die schon gefaßten Beschlüsse erledigen, während für die jetzt tatsächlich hinsichtlich des Lebensalters im Vergleich zu ihren Diensteinkommen in Gegenüberstellung zu den Polizeiwachtmeistern schlecht weglommenden Assistenten ein anderer Weg gefunden ist, der Gegenstand einer besonderen Vorlage ist.

Es wird daher gebeten, die vorstehende Fassung, welche dem Sinne des vorigen Stadtverordnetenbeschlusses entspricht und die von den Beteiligten gleichfalls anhenommen ist, beschließen zu wollen.

*

Die erste Veranlagung der Luxussteuer

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1920 sollte am 1. Juli beginnen und demgemäß wäre die Steuererklärung im Laufe des Monats Juli abzugeben. Mit Rücksicht auf die besonderen Schwierigkeiten, die bei der Abgabe der ersten Steuererklärung entstehen, hat sich der Reichsminister der Finanzen damit einverstanden erklärt, daß die Frist zur Abgabe der Steuererklärung allgemein bis zum 15. August verlängert wird.

*

Ein Wort an unsere Landwirte.

Aus dem Leserkreise wird uns geschrieben:

Mit Wohlgefallen sahen man das Auge des Landwirtes besonders in diesen Jahre auf ihren Aeckern ruhen und der Segen seiner Hände Arbeit scheint das Normale zu überstreffen. Da mit uns nun auch gleichzeitig wieder den früheren Verhältnissen bezüglich der Verwendung und Lagerung der zu erwartenden Körnerfrüchte nähern, so dürfte es geboten sein, den Landwirt auf die Notwendigkeit einer pfleglichen Instandsetzung seiner Getreideböden hinzuweisen, die sich bisher in zu weitaus großem Teile (der Ausnahmen soll ausdrücklich gedacht sein) in einem geradezu trostlosen Zustande befinden.

Leider war es nichts Seltenes, in unmittelbarer Nähe der aufgeschütteten Körnerfrüchte, wenn, bei besonderem Platzmangel, in diese Räume

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Statt Karten.

Ihre Verlobung geben hierdurch bekannt:

Elma Lüders
geb. v. Mauschwitz

Walter Fröhlich

Merseburg, 26. Juni 1920

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirts Paul Glaß in Merseburg ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigendrn Forderungen — und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlußtermin auf den 11. August 1920, vormittags 9 Uhr vor dem Amtsgerichte hierselbst, Zimmer Nr. 19 bestimmt.

Merseburg, den 21. Juni 1920.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Obst-Verpachtung

Die Obstnutzung der Gemeinde Wölfien soll Sonnabend, den 3. Juli, nachm. 5 Uhr im Gasthaus meistbietend gegen sofortige Bezahlung verpachtet werden. D. Gemeinde-Vorstand

Grundstücks-Verkauf.

Landhaus in Groß-Gräfendorf bei Lauchstedt mit Scheune, Stallungen, Hofraum, Garten, zirka 3 Morgen Acker und lebendem Inventar als: 1 tragende Juchtsau, 2 Schweine (je 1 Zentschwer), 2 große und 2 kleine Ziegen und 9 Gänse fortzugshalber sofort durch mich zu verkaufen. Sehr günstig für Geschäftsmann, da Toreinfahrt und Laden vorhanden. Anzahlung 48 000 M. Hypotheken in Höhe von 20 000 Mark werden Käufer durch mich zur Verfügung gestellt. Haus kann sofort bezogen werden.

Albert Franke, beeidigter Auktionator.

Kleines, freundl. **möbl. Zimmer** zu mieten gesucht. Ang. m. Preis unt. 1455 an die Exped. d. Bl.

Junger Beamter sucht **möbliertes Zimmer** evtl. mit Schlafkabinett. Ang. unt. 1456 an die Exped. d. Bl.

Möbl. Zimmer mögl. mit voller Pension bis 5. Juli d. J. ges. Angeb. unt. 1458 an die Exped. d. Bl. erb.

Junger Mann sucht **möbl. Zimmer** mit Pension. Angeb. mit Preis unt. 1429 an die Exp. d. Bl. erb.

Wohnung bestehend aus Stube, Kammer, Küche, zum Juli zu tauschen gesucht. Angeb. unter 1446 an die Exp. d. Bl. erbeten.

Junges Ehepaar (kinderlos) sucht **Wohnung.** Ang. unt. 1453 an die Exp. d. Bl.

1000 Mark monatl. u. mehr verdienen Personen jed. Standes (auch Damen) durch Übernahme der Vertr. eines absolut konkurrenzlosen Unternehmens. Keine Versch. Vorkenntn. u. Kapital nicht erforderl. Off. unt. L G 2211 an Ala-Haasenstein & Vogler, Leipzig.

2 Jackett-Anzüge, 1 Frack auf Seide, Friedens-Maßarbeit, für kräftige Figur passend, preiswert zu verkaufen. Kl. Ritterstr. 13, pt. r.

1 feldgr. Mil.-Extrarock Offiziersuch, wie neu, zu verk. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

1 Paar Lack-Stiefeletten schmal, Größe 41, zu verkaufen Weißenfelser Str. 43, I.

Neue Stiefeln, Größe 29 sowie Schnürstiefeln, eine Gasguglampe mit Leitung u. ein Schubkarrn billig zu verk. Domstr. 11.

1 P. Damenschuhe, gut erhalten, Größe 37 bis 38, preiswert zu verkaufen. A. Engel, Steinstraße 13.

Sofa, fast neu sowie 4 m schwarzer Kostümstoff, auch zu Anzug passend, zu verkaufen. Plaut, Kl. Ritterstr. 12.

Als Verlobte grüßen

Martha Nagel
Otto Bocke

Merseburg, Juni 1920.

Heute vormittag 9¾ Uhr verschied nach langem schweren Leiden mein lieber guter Mann, unser treusorgender Vater, Schwieger- und Großvater, mein lieber Sohn, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der

Lohgerbermeister

Paul Herrmann

im 55. Lebensjahre.

Dies zeigt an in tiefster Trauer

Helene Herrmann geb. Schmelzer
im Namen aller Hinterbliebenen.

Merseburg, den 25. Juni 1920.

Die Beerdigung findet Montag, den 28. Juni, nachmittags 3 Uhr von der Kapelle des Stadt-Friedhofes aus statt.

Am 25. d. M. wurde nach einem arbeitsreichen Leben unser langjähriges Aufsichtsratsmitglied

Herr Lohgerbermeister

Paul Herrmann

aus unserer Mitte gerissen.

In ihm haben wir einen treuen Berater und Mitarbeiter verloren, der seine Dienste jederzeit und zum Wohle unserer Genossenschaft zur Verfügung stellte.

In Dankbarkeit werden wir seiner stets gedenken.

Merseburg, den 26. Juni 1920.

Vorstand und Aufsichtsrat der Merseburger Vereinsbank.

Freitag nachmittag 1½ Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden unser lieber Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater und Onkel

Jakob Leidel

im 82. Lebensjahre.

Im Namen aller Hinterbliebenen:
Familie Hugo Leidel.

Merseburg, Hamburg, den 25. Juni 1920.

Die Beerdigung findet Montag, den 28. Juni, nachmittags 3½ Uhr von der Kapelle des städtischen Friedhofes aus statt. — Etwa zugedachte Kranspenden bitte Schmale Straße 7 abzugeben.

Bekanntmachung.

Anfang Juli wird unser **Erholungsheim für männliche Versicherte in Bad Berka** in Thüringen wieder eröffnet. Zur Aufnahme geeignet sind Kranke, die an Nervenschwäche, Ernährungsstörungen, Unterernährung, Blutarmut leiden, sowie solche, die nach schweren Krankheiten, Operationen oder anstrengenden Kuren erholungsbedürftig sind. An ansteckenden Krankheiten, insbesondere an **Lungentuberkulose** Leidende können **keine Aufnahme** finden. Wir ersuchen die Vorstände der Krankenkassen, sowie die Herren Kassenärzte, uns geeignete Kranke in der üblichen Weise zur Heilbehandlung vorzuschlagen. Soweit noch freie Plätze zur Verfügung stehen, können bis auf weiteres auch **Selbstzahler** aufgenommen werden, doch nur solche, die den Kreisen der Versicherten nahestehen, und die gewillt sind, sich der Hausordnung und den Lebensgewohnheiten der übrigen Pfleglinge einzufügen. Der Tagespflegesatz beträgt bis auf weiteres ohne ärztliches Honorar 12 Mark. Er ist für je eine Woche im voraus zu zahlen.

Anträge und Anfragen wegen der Aufnahme von Selbstzahlern sind an unsern Kontrollbeamten, Herrn Landesversicherungsinspektor **Demme** in **Merseburg** oder unmittelbar an den Vorstand der Landesversicherungsanstalt in Merseburg zu richten.

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt.
J. V.: Mölle.

Große, freiwillige Möbel-Versteigerung.

Am Sonnabend, den 3. Juli d. J., von 9½ Uhr vormittags an, findet im Gasthaus „Zum Thüringer Hof", hier, der Verkauf nachstehender Zimmer-Einrichtungen und Wirtschaftsgegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung statt.

Zum Verkauf kommen:

1 Speisezimmer-Einrichtung (bestehend aus: 1 Büffett, 1 Kredenz, 1 Standuhr, 1 Ausziehtisch, 10 Lederstühlen, 1 Stufentritt); 1 Herrenzimmer-Einrichtung (bestehend aus: 1 Sofa mit Umbau, 2 Sesseln, 1 Salontisch, 1 großem Bücherschrank); 1 Schlafzimmer-Einrichtung (bestehend aus: 1 Kristallettenschrank mit geschliffenen Spiegelscheibe, 1 Waschtisch und 2 Nachtschränkchen mit Marmorplatten, 2 Stühlen, 1 Bidet); 1 Küchen-Einrichtung (bestehend aus: 1 Küchen-Schrank, 1 Tisch, 1 Bank, 2 Stühlen, 1 Schränkchen, 1 Hängeschrank; ferner: 1 eleganter Damensofa, 1 Nähtischsessel, 1 Mahagoni-Kleiderschrank, 1 Spieltisch, 1 Salontisch, 2 Tafeltische, 1 Klaviersessel, 1 Nähmaschine, 1 Rauchständer, 1 Feldbett m. 2teil. Matratze, 1 eis. Bettstelle mit Schoner, 1 Kindermagen, 1 Sportwagen, 1 Kindertisch und -Stuhl, 2 Gartenbänke, 1 Eisschrank, 2 Zinkwannen, mehrere Eimer, 1 Ofenschirm, 1 Wasch- und Schirmständer, 2 große Bilder sowie verschiedene kleine Wirtschaftsgegenstände.

Die Zimmer-Einrichtungen, mit Ausnahme der Kücheneinrichtung, sind ungebraucht, aus Friedens-Eiche in modernster, gediegener Ausführung hergestellt; desgleichen sind auch die übrigen Gegenstände bester Qualität und Ausführung.

Besichtigung ab Freitag nachmittag.

Albert Franke, beeidigter Auktionator.

Hölzerner Garten-Tisch, Bank, 2 Stühle zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Ein sehr gut erhaltenes **Außbaum-Buffett** zu verkauf. Reflektanten wollen ihre Adresse aufgeben unt. 1459 an die Exped. d. Bl.

Außbaum-Schränkchen zu verk. Gr. Ritterstr. 33, I.

Ein Fahrrad mit neuer Bereifung zu verkauf. Preis 500 Mk. Amtshäuser 14.

Liebhaber-Gegenstände eingetretener Umstände halber zu verkaufen:
1 stb. Damenhandtasche,
1 Vase,
1 Bild (gerahmt),
1 silbernes Besteck,
1 Perlenhalskette,
1 Butter- u. Käsebesteck.
Anzusehen wochentags von 4—5. Wo? zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Gut erhalt. Kinderwagen zu verkaufen Gr. Sixtstr. 12.

Tadellos erhaltener **Sitz- u. Liegewagen** (weiß), zu verk., evtl. tauschen geg. hoh. Steinstraße 4, pt.

1 Hundewagen zu verkaufen Kötzschen 72.

Junge Rehpinscher-Hündin zu verkaufen Ober-Altenburg 13.

Glucke mit 12 Küken zu verk. Clobikauer Str. 11.

Glucke mit 13 Küken sofort zu verkaufen Mai, Werder.

3 Absatzferkel zu verkaufen Leuna Nr. 11.

1 P. gr. Läuferschweine stehen zum Verkauf Hüttenstraße Nr. 3.

Häsin mit Jungen sowie einige Junghäsinnen verkauft Obere Breite Str. 25, II.

1 Morgen Hafer auf dem Halm verkauft Blumenthalstraße 7.

Gut sitzende Glucke zu leihen oder zu kaufen gesucht Kreuzstraße 3, 1 Tr.

Kleinerer Bücherschrank zu kaufen gesucht. Angeb. unter 1454 an die Exped. d. Bl.

Gutes Wiesen-Heu (zirka 100 Zentner), kauft Jakob Müller, Neu-Rössen, Erkerstraße Nr. 2.

Jeden Posten **Makulatur** kauft auf Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent".

Grüne Schoten
à Pfd. . . . . 60 Pf.
bei 10 Pfd. à 55 Pf.
täglich frisch bei
Emil Wolff.

Extra starke, gut gewurzelte **Kohl-Pflanzen** aller Art sowie frische **Himbeeren,** rote und schwarze **Johannisbeeren** empfiehlt Menschauer Mühle.

Metall- u. Kautschuk-Stempel liefert Heinrich Hesler Merseburg Kirchstr. Nr. 7

Ia Dachpappe hat abzugeben Michel-Brikettverkaufsstelle Neumarkt 67 — Fernspr. 82.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur allgem. Kenntnis gebracht, daß den Hebammen von Stadt und Land **vom 1. Juli ab nicht mehr gestattet ist, bei Taufen tätig zu sein.** Auch die Verleihung von Taufzeug, Benachrichtigung von Paten, Haustaufen rc. sind **nicht erlaubt.**

Vereinig. Deutsch. Hebammen.

Angestellte aller Berufe!

Von der unvorteilhaften Angestellten-Versicherung kann sich jeder befreien, der bis zum 30. Juni eine entsprechende, weit billigere Lebensversicherung abschließt.

Unverbindliche Auskunft erteilt der anwesende Vertreter der ältesten Lebensversicherung. — Adr. erbitte unt. 1460 a. d. Exp. d. Bl.

Achtung!

Fahrräder für Damen und Herren mit neuer Bereifung in allen Preislagen schon von **950** Mk. an.
Solange Vorrat reicht!

Fahrrad-Zubehörteile!
Prima Gummibereifungen zu billigsten Preisen!

Fahrrad-Reparaturwerkstatt
Gustav Engel Söhne
Merseburg, Weißenfelser Straße 7.
Fernruf **203.**

Schlingmann **Konservenglasöffner** Gummischlüsser
ohne Stechfläche, verletzt nie Gummi und Glas.
Nur bei
Paul Ehlert Nfg.
Entenplan 11.

Chesterfield-Nebo
solange der Vorrat reicht
per Stück 60 Pfg., 100 Stück 58,— Mk.
G. Erbert, Merseburg, Preußerstr. 1. Direkt am Markt.

Hösers Konserven-Glasöffner
ist der einfachste und zweckmässigste der Gegenwart! Kein Zerreissen der Drahtschlinge, alle Bestandteile frei, einfache Handhabung, kein Beschädigen der Gummiringe und der Gläser. — D.R.P. angemeldet. — Preis 4 Mk.

Markt 8. **Carl Höser** Markt 8.

Verkaufen von Sonntag, den 27. d. M. an in den Stallungen v. L. Nürnberger
prima eingetragene
Oldenburgische Weservarsch-Herdbuch-Bullen und Färsen.
Addicks & Henrichs,
Hofbesitzer, Bracke/Oldenburg.

Schmierseife Ia, weiße, schnittfeste Ware; 20-Pfd.-Eimer 60,— Mk. — 10-Pfd.-Eimer 30,— Mk. Großabnahme-Vertreter bei gutem Verdienst ges. Angeb. unt. V. A. 15860 an Rudolf Mosse, Braunschweig erb.

Halte vom Montag, den 28. Juni, von 10 Uhr ab in den „Drei Schwänen" einen Transport
größerer hannöverscher Läuferschweine
welche sich dieses Jahr noch zum Schlachten eignen, zum Verkauf.
Gotte, Lauchstedt.

Kleine Anzeigen finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Stenotypistin

(keine Anfängerin) zum 1. Juli 1920 gesucht. Gehalt nach Tarif. — Schriftliche Angebote an
Blancke-Werke, Merseburg.

Nebenverdienst!
Evtl. Hilfe beim Aufbau der Existenz. Dauerndes, hohes Einkommen! Keine Versicherung! Kein Verkauf an Bekannte! Keine Schreibarbeiten! Bequem im Hause! Aussichtsreiche Mege! Viele Anerkennungen! Verlangen Sie Prospekt M 10 von Adresse: Schließfach 124, Dresden-A. 1.

Nebenverdienst
bis 1000 M. monatlich, leicht zuhause, ohne Vorkenntnisse. Dauernde Existenz. Näheres auf briefliche Anfrage durch: S. Woehrel & Co., G. m. b. H., Berlin-Lichterfelde, Postfach 603.

Reichsbund der Kriegsbesch., Kriegst. u. Kriegsh.
Ortsgruppe Merseburg.

Sonntag, den 27. Juni,
Familien-Ausflug
/·/ nach Trebnitz. /·/
Abmarsch pünktlich ½3 Uhr von der Waterloobrücke.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Streng reell!
ca. 200 Damen o. u. m. größ. Verm. suchen Herren jed. Standes. Kostenl. Ausk. d. M. Pförtner, Berlin SW, Katzbachstr. 37.

Heirat! Bin von viel. Damen all. Stände beauftragt, dieselb. zu einer glückl. Ehe zu verhelfen. Herren m. u. ohne Verm. erh. diskr. Auskft. b. Concordia, Berlin O. 34.

Heiratsgesuch.
Solider, anständiger, junger Mann, 26 J., Statur schlank, dunkelblond, in gesicherter, gutlohnender Stellung (Maschinist), 6000 Ersparnisse, sucht, da hier fremd, die Bekanntschaft eines hübschen jungen Mädchens oder kinderlosen Kriegswitwe mit gl. Vermögen od. Aussteuer zwecks späterer Heirat. Verschwiegenheit zugesichert. Angebote mit Bild, welches zurückerstattet wird, unter 1457 an die Exped. d. Bl.

Viele verm. Damen wünschen sich bald glücklich zu verheiraten. Herren, wenn auch ohne Verm. erhalten sofort Auskunft durch „Union' Berlin, Postamt 37.

Auskunftei Leipziger Detektiv-Zentrale **„Helios"**
Geschäfts-, Heirats-, Privat-Auskünfte aller Art überall diskr. Ermittelungen, Beobachtungen. Jahrzehnt. **Leipzig,** Grimmaischestr. 24. Fernruf 9736.

Nachtwächter
für sofort gesucht. Kriegsbeschädigter mit 50 % Erwerbsunfähigkeit wird bevorzugt. Angebote unter 1448 an die Exp. d. Bl. erbeten.

Schaffner
für Strecke Merseburg-Mücheln mit Wohnsitz in der Nähe von Frankleben werden noch eingestellt. — Nur unbescholtene Leute wollen sich unter Vorlage des Lebenslaufes melden.
Merseburger Überlandbahnen Betriebsbahnhof Frankleben.

Suche sofort jüngeren **Markthelfer** (auch Kriegsbeschädigter). Fritz Lebert, Burgstraße 18.

Fräulein von Baufirma in Leuna zur Anfertigung von Lohnlisten und diversen schriftlichen Arbeiten sofort gesucht. Stenographiekenntnisse erwünscht. — Offerten mit Lebenslauf unter 1452 an die Exp. d. Bl. erbeten.

Junge Dame mit guter, flotter Handschrift für Schreibmaschine u. Buchhaltungsarbeiten sofort gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen u. Zeugnisabschriften unter Bankfach 1406 an die Exped. dies. Bl. erbeten.

Dame zur alleinigen Führung besseren Haushaltes in Merseburg mit etwas Kleinviehzucht für baldigen evtl. sofortigen Eintritt gesucht. Bewerbungen erbeten unter 1438 an die Exp. d. Bl.

Ordentl. Mädchen für Zimmer- und Hausarbeiten bei hohem Lohn gesucht. Frau Dr. Dehnel, Neu-Rössen, Saalestraße 24.

Erfahrenes Mädchen für Küche u. Haus nach Weißenfels geg. hoh. Lohn, gut. Behandlg. u. gut. Essen für 1. 7. od. August ges. Zu erfr. in der Exped. d. Bl.

Jüng. Dienstmädchen wird gesucht Kötzschen Nr. 10.

Rote Badekappe von Heuschlebs Bad aus verloren. Gegen gute Belohnung abzugeben Sand 18, 1 Tr.

Hund zugelaufen! Abzuholen bei Ernst Theile, Spergau.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200627-19/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 138. Sonntag den 27. Juni 1920. 46. Jahrg.

Die Versorgung der Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen nach dem neuen Gesetz.

Die bisherige Gesetzgebung über die Militärversorgung war noch nicht alt, aber schon veraltet. Der Weltkrieg hat völlig neue Verhältnisse geschaffen und die Rentensätze waren dadurch unzulänglich geworden. Es galt, die große Zahl der einzelnen wandelbaren Vorschriften von Grund aus neu aufzubauen und namentlich sozialpolitisch zeitgemäß auszugestalten. Nach umfassenden Vorbereitungen hat das für das Versorgungswesen zuständige Reichsarbeitsministerium eingehende Beratungen mit den Verbänden der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen und mit dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge gepflogen. So entstand das neue Reichsversorgungsgesetz, das in weitestgehendem Maße die berechtigten Ansprüche der Kriegsopfer berücksichtigt und ihren Wünschen, soweit ihre Erfüllung im Bereich der Möglichkeit liegt, einigermaßen Rechnung trägt.

Die Tragweite des Gesetzes ist ganz außergewöhnlich. Etwa 1½ Millionen Kriegsbeschädigte, 525 000 Kriegerwitwen, 1 130 000 Waisen und 164 000 Eltern werden zu versorgen sein. Zur Erledigung der Versorgungsansprüche werden etwa 25 Hauptversorgungsämter und 808 Versorgungsämter mit rund 45 000 Beamten und Angestellten tätig sein.

Nach dem neuen Reichsversorgungsgesetz haben die Kriegsbeschädigten Anspruch auf: 1. Heilbehandlung, Krankengeld und Hausgeld, 2. soziale Fürsorge, 3. Rente und Pflegezulage, 4. Beamtenschein, 5. Sterbegeld und Gebührnisse für das Sterbevierteljahr. Das neue Gesetz bringt somit mehrere rechtliche Ansprüche, die in den alten Versorgungsgesetzen nicht gegeben waren.

Jeder Beschädigte, dessen Anspruch auf Rente anerkannt worden ist, hat Anspruch auf Heilbehandlung. Sie umfaßt ärztliche Behandlung, Versorgung mit Arznei und anderen Heilmitteln, sowie die Ausstattung mit Körperersatzstücken und orthopädischen Hilfsmitteln. Die Heilbehandlung wird durch die Krankenkassen auf Kosten des Reiches gewährt. Bei Gewährung einer Heilbehandlung wird dem Beschädigten durch die Krankenkassen Krankengeld gewährt. Hausgeld wird den Angehörigen eines Beschädigten, deren Ernährer er ist, in Höhe von zwei Dritteln der Vollrente und zwei Dritteln der zustehenden Kinderzulage gewährt.

Das Sterbegeld beträgt in der Ortsklasse A 400 ℳ, in den Ortsklassen B und C 350 ℳ, in der Ortsklasse D 300 ℳ und in E 250 ℳ. Welche Orte in die einzelnen Ortsklassen eingereiht werden, bestimmt das Ortsklassenverzeichnis, das als Anlage zum neuen Besoldungsgesetz der Reichsbeamten erscheint. Beim Tode eines Rentenempfängers werden die Versorgungsgebührnisse noch 3 Monate weiter an die Angehörigen gezahlt.

Das neue Gesetz macht zwischen Kriegs- und Friedensversorgung, zwischen Mannschaften und Offizieren sowie einzelnen Dienstgraden keinen Unterschied. Es gilt für das alte wie für das neue Heer. Es regelt aber nur die Versorgung auf Grund einer Dienstbeschädigung, nicht diejenige auf Grund bloßer Dienstzeit.

Der Schwerpunkt liegt wie bisher in der Rentenversorgung. Die Rente wird vor allem nach der Minderung der Erwerbsfähigkeit bemessen, und soll danach ein Anspruch auf Rente gewährt werden, solange die Erwerbsfähigkeit infolge einer Dienstbeschädigung gemindert ist, mit der Maßgabe, daß diese insoweit als gemindert gilt, als der Betroffene durch die Folgen seiner Beschädigung unter Berücksichtigung seiner Kenntnisse und Fähigkeiten behindert ist, sich durch eine seinen bisherigen Lebensverhältnissen entsprechende Arbeit Erwerb zu verschaffen.

Die Versorgungsgebührnisse der Beschädigten setzen sich zusammen aus: 1. Grundrente, 2. Schwerbeschädigtenzulagen, 3. Ausgleichszulage, 4. Kinderzulage, 5. Pflegezulage, 6. Ortszulage und 7. allgemeine Teuerungszulage. Rente wird gewährt, wenn der Beschädigte mindestens 15 v. H. in seiner Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt ist. Die bis zu 5 v. H. geringen Grade werden nach oben abgerundet; wer also z. B. 15 Proz. erwerbsbeschränkt ist, wird so angesehen, als ob er es zu 20 Proz. wäre. Erwerbsbeschränkungen von nicht mehr als 10 Proz. spielen im Wirtschaftsleben eine so geringe Rolle, daß das neue Gesetz von ihrer Berücksichtigung absieht. Solche Renten werden aber bis 31. Dezember 1920 weitergezahlt; von da an wird eine Abfindung in Höhe des dreifachen Jahresbetrages gewährt. Nachuntersuchung findet bei diesen nicht statt. Glaubt einer dieser Beschädigten, daß seine Erwerbsfähigkeit nach den neuen Vorschriften um mindestens 15 Proz. beeinträchtigt ist, so steht ihm frei, einen neuen Antrag zu stellen.

Die Rentenstaffelung ist folgende:

Bei einer Erwerbsbeschränkung von		
20 %	480 ℳ	Grundrente,
30 %	720 ℳ	Grundrente,
40 %	960 ℳ	Grundrente,
50 %	1200 ℳ	Grundrente und 150 ℳ Schwerbesch.-Zulage,
60 %	1440 ℳ	Grundrente und 300 ℳ Schwerbesch.-Zulage,
70 %	1680 ℳ	Grundrente und 450 ℳ Schwerbesch.-Zulage,
80 %	1920 ℳ	Grundrente und 600 ℳ Schwerbesch.-Zulage,
90 %	2160 ℳ	Grundrente und 750 ℳ Schwerbesch.-Zulage,
100 %	2400 ℳ	Grundrente und 900 ℳ Schwerbesch.-Zulage.

Die Schwerbeschädigtenzulage bringt bismal bessere Hilfe als die bisherige Verstümmelungszulage, denn sie berücksichtigt die vielen inneren Schäden so gut wie die äußeren.

Zu diesen Bezügen tritt die von allen Organisationen einmütig bekämpfte sogen. Ausgleichszulage. Diese soll in Höhe von ein Viertel der vorstehenden Gebührnisse dann gewährt werden, wenn der Beschädigte vor dem Eintritt in den Militärdienst einen Beruf ausgeübt hat, der erhebliche Kenntnisse und Fähigkeiten erfordert. Diese Zulage wird noch auf die Hälfte erhöht, wenn der Beruf ein besonderes Maß von Leistung und Verantwortung erfordert. Die einfache Ausgleichszulage sollen 80 Proz. der Beschädigten bekommen, die doppelte 10 Proz. und nur 10 Proz. keine Ausgleichszulage bekommen. Gelernte Arbeiter sollen ohne weiteres in den Genuß der einfachen Ausgleichszulage gesetzt werden.

Zu diesen zustehenden Gebührnen treten noch die Kinderzulagen, die für jedes Kind unter 18 Jahren ein Zehntel der Grundrente betragen.

Zu allen diesen Sätzen tritt behufs Berücksichtigung der großen Unterschiede in den örtlichen Teuerungsverhältnissen die „Ortszulage“, die nach der Klasseneinteilung des Besoldungsgesetzes abgestuft ist und für die Ortsklasse A 35 Proz., B 30 Proz., C 20 Proz. und D 10 Proz. der bisher genannten Gebührnisse beträgt.

Nun kommt noch zu alledem die „Teuerungszulage“. Sie beträgt zur Zeit 25 Proz. und wird in Zukunft jeweils durch den Reichshaushaltsplan festgesetzt; sie wird dadurch zum beweglichen Teil der Gebührnisse. Die Teuerungszulage wird auf alle nach dem Versorgungsgesetz zu zahlenden Gebührnisse verrechnet.

Solange ein Beschädigter so hilflos ist, daß er nicht ohne fremde Wartung und Pflege bestehen kann, erhält er eine „Pflegezulage“, die je nach der Schwere der Gesundheitsstörung 600, 1000 und 1500 ℳ beträgt. Dem Blinden wird vom Reiche ein Führerhund geliefert, für dessen Unterhaltung ihm in Ortsklasse A 300 ℳ, in B und C 240 ℳ und in D und E 180 ℳ jährlich gewährt werden.

Bei einem reichseinkommensteuerpflichtigen Jahreseinkommen von mehr als 5000 ℳ bis einschl. 6000 ℳ ruht ein Zehntel der Versorgungsgebührnisse. Mit jeden weiteren 1000 ℳ steuerpflichtigen Einkommens ruht ein weiteres Zehntel, so daß bei einem Einkommen von 14 000 ℳ der volle Betrag der Versorgungsgebührnisse, außer der Schwerbeschädigtenzulage und einer etwa gewährten Pflegezulage, der Ausgleichs- und der Ortszulage ruht. Unverkürzt bleibt auch das beträchtliche steuerfreie Einkommen (für den Beschädigten 1500 ℳ, für seine Ehefrau 500 ℳ, und bei einem Einkommen unter 10 000 ℳ für jedes Kind 700 ℳ, sonst 500 ℳ). Hinzu kommen noch die steuerfreien Einkommensteile, wie Versicherungsbeiträge, Parteibeiträge, Gewerkschaftsbeiträge und ähnl.

Bei einem Beschädigten, der 80 Proz. Rente bezieht, 12 000 ℳ Einkommen und 4 Kinder unter 18 Jahren hat und in der Ortsklasse A wohnt, würde sich folgendes Bild ergeben:

Grundrente	1920,— ℳ	
Schwerbesch.-Zulage	600,— ℳ	
Ausgleichszulage (einfache) . .	630,— ℳ	
Kinderzulage (4 × 10 Proz.) .	1260,— ℳ	
Ortszulage (35 Proz.)	1543,50 ℳ	
zusammen	5953,50 ℳ	
abgerundet auf	5955,— ℳ	
Einkommen	12000,— ℳ	
Davon steuerfrei (1500 u. 500 u. 2000 ℳ)	4000,— ℳ	
bleiben steuerpflichtig	8000,— ℳ	
Es ruhen daher 3/10 der Rente von 5955,— ℳ .	1786,50 ℳ	
	4169,50 ℳ	
abgerundet auf	4170,— ℳ	
Dazu 25 Proz. Teuerungszulage	1042,50 ℳ	
	5212,50 ℳ	
bleiben zahlbar	5214,— ℳ	

Die Wirkung dieser Rentenversorgung ließe sich durch verschiedene Beispiele erläutern, würde aber im Rahmen eines Zeitungsartikels zu weit führen.

Die Hinterbliebenenrente ist sozialer ausgebaut, man hat ebenso wie für die Beschädigten ein einheitliches Versorgungsrecht geschaffen. Die Versorgung nach dem neuen Gesetz umfaßt: 1. Witwen- und Waisenrente, 2. Rente für uneheliche, Adoptiv- und Pflegekinder, 3. Rente für Eltern und Großeltern, 4. Gebührnisse für das Sterbevierteljahr und 5. Abfindung bei Wiederverheiratung.

Anspruch auf die Rente besteht, wenn der Tod die Folge einer Dienstbeschädigung gewesen ist. Witwen, die erwerbsunfähig oder wegen Erziehung von Kindern nicht in der Lage sind, einen Erwerb nachzugehen, oder das 50. Lebensjahr vollendet haben, erhalten 50 Proz. der Vollrente, die ihr Mann im Falle völliger Erwerbsunfähigkeit bezogen hätte, andere Witwen 30 Proz.

Die Kinder des Verstorbenen erhalten Waisenrenten bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, ausnahmsweise darüber hinaus; die Halbwaisen 15 Proz., die Vollwaisen 25 Proz. der Vollrente des Verstorbenen. Anspruchsberechtigt sind auch die an Kindes Statt angenommenen Kinder, Stief- und Pflegekinder, wenn sie der Verstorbene unmittelbar vor seinem Tode mindestens ein Jahr lang unterhalten, oder als Rentenempfänger für sie Kinderzulage erhalten hat. Desgleichen sind uneheliche Kinder anspruchsberechtigt, wenn die Vaterschaft des Verstorbenen glaubhaft gemacht ist. Es braucht also der Gefallene bezw. Verstorbene die Vaterschaft nicht anerkannt zu haben, sondern es genügt vielmehr, wenn sie auf andere Weise glaubhaft gemacht wird.

Eltern und Großeltern des Verstorbenen haben einen ihnen bisher nicht zustehenden Rechtsanspruch auf Rente auf die Dauer der Bedürftigkeit, wenn der Verstorbene der Ernährer gewesen ist oder beim Ausscheiden aus dem Militärdienst geworben wäre. Die Elternrente beträgt für die Eltern zusammen 30 Proz., für Vater oder Mutter allein 20 Proz der Vollrente des Verstorbenen. Sind mehrere Söhne infolge eine Dienstbeschädigung gestorben, so wird die Elternrente für jeden zweiten und weiteren Sohn um ein Fünftel erhöht. Großeltern erhalten die Rente nur, wenn keine anspruchsberechtigten Eltern vorhanden sind. Den Eltern werden gleichgestellt: Adoptiveltern, Stief- und Pflegeeltern.

Gebührnisse für das Sterbevierteljahr stehen den Hinterbliebenen eines Beschädigten zu, der Rente empfangen hat. An Sterbegeld werden die zuletzt bezogenen Gebührnisse für die auf den Sterbemonat folgenden drei Monate gezahlt. Bezugsberechtigt sind nacheinander die Ehefrau, die Kinder, der Vater, die Mutter, Großeltern und Geschwister, wenn sie mit dem Verstorbenen zur Zeit des Todes in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben. Außer den Gebührnissen für das Sterbevierteljahr wird nach § 34 des Gesetzes ein Sterbegeld gewährt, dessen Höhe sich nach den schon erwähnten Ortsklassen richtet.

Bei Wiederverheiratung erhalten die Witwen den dreifachen Jahresbetrag der von ihnen bezogenen Gebührnisse. Voraussetzung ist, daß die Verheiratung mit einem Deutschen stattfindet. Waisenrente für Kinder wird weitergewährt. Zu beachten ist, daß, da die Versorgung bei erwerbsunfähigen Witwen höher ist als bei der erwerbsfähigen, auch die Abfindungssumme bei Wiederverheiratung verschieden ist.

Für das Ruhen der Renten gilt dasselbe, was bei den Beschädigten gesagt ist, nur mit dem Unterschied, daß bei einem Gesamteinkommen unter 10 000 ℳ das Einkommen der Waisen getrennt berechnet wird und ihre Rente nicht gekürzt werden darf.

Die Hinterbliebenen des Beschädigten beim vorhergenannten Beispiele würden somit erhalten:

Witwenrente (= 50 Proz. der Vollrente des Verst.	
Diese ist höchste Rente	2400,— ℳ
Höchste Schwerbesch.-Zulage*)	900,— ℳ
¼ Ausgleichszulage*)	825,— ℳ
	4125,— ℳ
Witwenrente also 50 Proz. von 4125 ℳ	2062,50 ℳ
Waisenrente 4 15 Proz. aus 4125 = 618,75 × 4 . .	2475,— ℳ
zusammen	4537,50 ℳ
Hierzu 35 Proz. Ortszulage	1588,13 ℳ
	6125,63 ℳ
abgerundet auf	6125,— ℳ*)
Hierzu 25 Proz. Teuerungszulage	1531,50 ℳ
	7657,50 ℳ
Gesamt-Hinterbliebenenrente	7659,— ℳ*)

*) Die Endsummen müssen so aufgerundet werden, daß sich bei Teilung durch drei volle Markbeträge ergeben.

Das Eingreifen der sozialen Fürsorge.

Die soziale Fürsorge soll ergänzend eingreifen, wo die Vorschriften des Gesetzes dem Einzelfall nicht Genüge tun. Sie in direkt gesetzliche Regeln zu zwängen, wäre unsinnig, da sie doch sowieso reichsgesetzlich geregelt ist. Das neue Gesetz hat die Berufsausbildung als ganz besonders wichtigen Zweig herausgegriffen und einen Rechtsanspruch auf sie gegeben, ferner die Fürsorgestellen verpflichtet, den Beschädigten und Hinterbliebenen bei der Berufsausbildung und der Unterbringung im Erwerbsleben beizustehen und behilflich zu sein, die Folgen einer Dienstbeschädigung oder den Verlust des Ernährers nach Möglichkeit zu überwinden oder zu mildern. Die Fürsorgestellen sind in der Auswahl der ihnen zweckmäßig erscheinenden Maßnahmen nicht beengt. Ich will daher hoffen, daß sie eine segensreiche Tätigkeit entfalten, namentlich den kranken und leidenden Witwen und deren Kindern gegenüber durch Heilbehandlung.

Nähere Auskunft wird jeden Mittwoch im „Alten Dessauer“ oder allfällig bei Otto Biebach, Moltkestr. 1, erteilt.

Deutschland.

Die Trauerfeier für Dr. Friedberg.

Berlin, 26. Juni. Auf dem Friedhof der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnisgemeinde trug man heregstern nachmittag Staatsminister a. D. Dr. Schelcher Friedberg zu Grabe. Von Weimar und sich im Heim des Verstorbenen eine zahlreiche Gesellschaft von Männern, die Friedberg im Leben durch gemeinsame Arbeit und politische Interessen nahestand, zusammen, um ihm die letzte Ehre zu erweisen. Man sah die Parteifreunde Koch, Schiffer, Fischbeck, Oeser, die ehemaligen Minister Hergt, Schiele, Lewald, Preuß, den Präsidenten der preußischen Landesversammlung Leinert, den früheren Minister Hirsch, den braunschweigischen Gesandten v. Boden, den General Gröner und viele Parteifreunde und Abgeordnete anderer Fraktionen. Der Sarg verschwand unter der Fülle von Blumen. Kranzspenden sandten unter anderem die deutschdemokratische Reichstagsfraktion „ihrem unvergeßlichen Parteiführer“, die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei der preußischen Landesversammlung „ihrem verehrten Vorsitzenden“, der Demokratische Klub „seinem hochverehrten Präsidentmitglied“, der Wahlkreis Potsdam I „seinem verdienten Abgeordneten“. Unter den vielen übrigen äußeren Ehrenbezeigungen sah man auch einen Kranz der sozialdemokratischen Fraktion der preußischen Landesversammlung. Geh. Konsistorialrat D. Conrad schilderte in seiner Trauerrede Friedbergs rastlose Arbeit am Vaterland, seine Liebe zum Preußentum und die nach dem Zusammenbruch einsetzende unermüdliche Hilfe am Wiederaufbau Deutschlands. Oberbürgermeister Dominicus widmete seinem Nachmf dem Menschen Friedberg. Auch er betonte dessen nie versiegende Kraft am Neubau des Reiches. Nach Chorgesang und Segen erfolgte die Überführung zum Friedhof.

Vermischtes.

* **Große Benzinschiebungen** sind auf der Zeche Zentrum bei Wattenscheid aufgedeckt worden. Eine Anzahl von Beamten, zum Teil in höheren Stellungen, wurden verhaftet. Einer der Beteiligten hat sich das Leben genommen.

Fordernde Liebe.

Roman von Erich Ebenstein.

1. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Er war zu ihr getreten und wollte sie küssen. Aber Daniela stieß ihn zurück.

„Nein — laß mich! Nie werde ich mich daran gewöhnen, einen Mann zu haben, der für alle Welt da ist, nur nicht für mich! Wenn ich das früher gewußt hätte! O, ein Mann wie du, dürfte überhaupt nicht heiraten!“

Er trat zurück und ging einige Mal schweigend im Zimmer auf und nieder. Zorn, Bitterkeit und Enttäuschung stritten in ihm um die Herrschaft.

War sie so albern oder wollte sie ihn nur einfach nicht verstehen? Ihre Tränen flößten ihm kein Mitleid mehr ein. Zu oft hatte er sie schon um Nichtigkeiten willen fließen sehen. Und wenn es so fort ging — was sollte werden aus ihnen beiden? Man rieb sich auf bei diesem ewigen Kleinkrieg . . . er spürte es schon manchmal, wie seine Nerven, die früher von Stahl schienen, plötzlich nachließen.

„Willst du nicht wenigstens die Güte haben, jetzt endlich zum Essen zu kommen?“ fragte er schließlich kühl. „Ich bin totmüde und hungrig!“

„Dann ißt doch allein! Ich habe keine Lust dazu.“

Ohne ein Wort zu sagen, entfernte er sich.

Jetzt essen? Eigentlich war auch ihm die Lust dazu nun vergangen. Aber man mußte doch schließlich . . .

Morgen brauchte man doch schließlich seine Kraft.

Er stocherte ein bißchen in den kalten Platten herum, würgte ein paar Bissen hinunter und warf Eßzeug und Serviette dann hin.

Es war doch zu ärgerlich! Da dachte man, sich ein Paradies zu erringen und gewann die — Hölle! In einem hatte sie vielleicht recht: Männer wie er sollten nicht heiraten.

Und was nun? Arbeiten? Schlafengehen? Zu beiden waren seine Nerven zu erregt.

Lieber fort. Gleichviel wohin. Und obwohl draußen das abscheulichste Novemberwetter mit Schnee und Regen durch Gassen stürmte, Fanny, die in der Küche neben dem warm geheizten Braten auf das Zeichen zum Auftragen wartete — hörte plötzlich die Flurtür zufallen und eilte bestürzt hinaus.

O weh — des Herrn Rock und Hut fehlten am Kleiderständer! Da hatte es wohl wieder was gegeben . . .

Als sie sich umwandte, stand Daniela im Rahmen der Schlafzimmertür. „Wer ging soeben hinaus, Fanny?“

„Der gnädige Herr . . . ich glaube wenigstens . . .“ Sie öffnete die Speisezimmertür und sah hinein. „Ja, er ist fort!“

„Ohne gegessen zu haben?“

„Noch nicht. Kaviarbrötchen und Sardinen . . .“

Daniela war bereits wieder im Schlafzimmer verschwunden, dessen Tür sie hinter sich zuschloß. Aufschluchzend warf sie sich auf ihr Bett.

Er konnte essen! Und fortgehen ohne Abschied! Nach dem, was sie ihm gesagt!

Und von diesem Manne hatte sie ihren Eltern und Freundinnen gegenüber einmal stolz behauptet: Er liebt mich!

*

Am anderen Morgen, als ihr Mann aufstand, stellte Daniela sich schlafend. Alles in ihr wartete darauf, daß er sie wie sonst mit ärztlichem Kuß wachküssen und dann Abbitte leisten würde.

Vielleicht war sie selbst ja gestern ein wenig zu weit gegangen. Aber Mama hatte ihr oft ans Herz gelegt: Nur wie ein Unrecht eingestehen ihm gegenüber! Jeder Mann muß in der Ehe erst erzogen werden, d. h. einsehen lernen, daß seine Frau für ihn nun die erste Person der Welt ist.

Daniela wartete also. Aber Heidlof lüftete sie heute nicht mach. Ganz leise schlich er auf den Zehenspitzen hinaus, als fürchtete er, sie zu wecken. Dabei fand eine Falte, die Daniela bisher noch nicht bemerkt hatte, auf seiner Stirn.

Mittags kam er nicht nach Haus. Er entschuldigte sein Fernbleiben telephonisch aus dem Sanatorium Löw, wo er eine Operation an der Fürstin Lohan vornehmen müsse. Der Zustand der Fürstin, die seit kurzem seine Patientin war, habe sich unerwartet verschlimmert.

„Gott, es kann ja wahr sein“, dachte Daniela, „mit dieser Fürstin macht er ja solche Geschichten! Aber, wenn er mich noch liebte wie früher, würde er die Operation doch auf den Nachmittag haben verschieben können?“

Wenn doch eine Spur von Verstehungsbereitschaft in ihr gewesen wäre, nun war es vorbei damit. Sie unterließ es sogar, seinen Gruß zu erwidern, rief einfach „Schluß“ und ließ den Schalltrichter sinken.

Nach Tisch ging sie zu ihrer Mutter, der Hofrätin Halmenschlag, um dieser ihr Leid zu klagen. Gottlob, Mama verstand sie auch und fand ihr Benehmen ganz gerechtfertigt.

Daniela weinte viel, die Hofrätin tröstete und gab Belehrungen. Mitten in diese Unterhaltung hinein kam Isolde, Danielas älteste Schwester, die an einen reichen Großindustriellen verheiratet war.

Auch Isolde kam, um zu klagen. Georg Diez, ihr Mann, habe gar kein Verständnis für sie. Weil er den Kopf mit Geschäften angefüllt habe und kein Freund von Geselligkeit sei, begreife er immer weniger, daß sie sich doch amüsieren wolle. Wozu lebe man denn sonst, sei jung und hübsch? Seit er die Villa draußen in Doblowitz bei seinen Fabriken baue, sei es ärger denn je.

Mama wisse doch genau, daß es anfangs hieß, die Villa werde nur zu kurzem, vorübergehendem Aufenthalt im Sommer gebaut und damit Diez, wenn er nach Doblowitz müsse, ein bequemeres Absteigequartier habe als bisher. Nun verlange er plötzlich, daß man von Mai bis Oktober dort wohne und nur den Winter in Wien verbringe! Seit Wochen gäbe es Streit deswegen. Aber sie — Isolde — gäbe keinesfalls nach. Gerade im Mai wolle der Maler Dallaribo ihr Bild beginnen und für Juli planten sie alle zusammen eine Reise nach München unter Dallaribos künstlerischer Führung. Erst hätte Diez zugesagt, nun aber erfinde er alle geschäftlichen Gründen seine Zeit zu haben und verlange, auch sie solle nicht mittun. „Es ist pure Bosheit!“ schloß Isolde ärgerlich, den schönen, blonden Kopf zurückwerfend, zur Schwester. Die Hofrätin aber sah recht bekümmert aus.

Es war doch ein Kreuz, wenn man bloß Töchter hatte! Söhne hätten unbedingt weniger Sorgen gemacht . . .

„Dann suchte sie auch Isolde zu trösten und zu beruhigen.

Diez werde schon nachgeben, wenn er sähe, daß Isolde auf ihrem Willen bestehe. Natürlich sei es ihr Recht, das Leben zu genießen. Wozu hätte sie denn sonst eine so glänzende Partie gemacht? Zu verlangen, daß sie sich sechs Monate des Jahres in der Einsamkeit von Doblowitz begrabe, sei wirklich eine starke Zumutung. Aber so seien die Männer: immer Egoisten! Als ob Papa seinerzeit anders gewesen wäre?

Nun kam ein oft gehörtes Thema wieder zur Sprache: Wie Hofrat Halmenschlag einst auch die unsinnigsten Dinge verlangt habe. Da seine Frau für ihn ein kranzspeichelsicheres Kleinod gewesen im Laboratorium, wo sie Bazillen züchteten und Tiere vivisezierten, interessieren sollte, anstatt die gesellschaftlichen Vorteile ihrer Stellung auszunutzen, wie es doch ihr Recht und — ihr Hinblick auf die drei Töchter — ihre Pflicht gewesen war! Wie er in seinen altmodischen Ansichten alles für „Firlefanz“ erklärt habe, was sie unternahm: Daß man ein Haus machte, die Töchter modern erzog, gute Parteien für sie suchte, hübsch ausgehen ging, und sie an allem beteiligte, „wo eben die gute Gesellschaft dabei gewesen sein muß, will man nicht als rückständig gelten . . .

„Ihr ahnt ja nicht, was es mich gekostet hat, diese selbstverständlichen Dinge durchzusetzen!“ schloß die Hofrätin seufzend. „Wenn es nach Papa gegangen wäre, bestünde heute unser ganzer Verkehr in ein paar trockenen Gelehrten, wir lebten wie in einem Kloster, wüßten nichts von der Welt draußen und ihr hättet bis an euer Lebensende vergeblich nach Männern ausschauen können, wie es ja vielleicht schließlich eurer jüngsten Schwester noch beschieden sein wird, wenn sie nicht endlich Vernunft annimmt.“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200627-19/fragment/page=0005

Merseburger Schwimmerschaft E. V.

Am 2. Juli, 7 Uhr abends, findet im „Casino" eine

außerordentliche Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:
1. Protokolle. 2. Mitgliederstand. 3. Eingänge. 4. Halbjahresberichte des Vorstandes. 5. Bericht der Badedirektion. 6. Badepreisfrage: Badeangestelltenfrage. 7. Gautag u. Gaufest. 8. Stiftungsfest. 9. Schwimmfahrt Naumburg. 10. Verschiedenes.

Es ist Pflicht aller stimmberechtigten Mitglieder, zu erscheinen. Anträge hierzu, von mindestens 10 ordentl. Mitgliedern unterzeichnet, sind bis zum Mittwoch, den 30. Juni, an den 1. Vorsitzenden einzureichen.
Der Vorstand.

Gummiwaren
Spritzapparate, Frauentropfen und ähnliche Artikel
Frauenartikel
Anfrag. erb. Sanitätshaus: Heusinger, Dresden 8, Am See 37.

Dezimal-Waagen
in 1a Ausführung, mit vierkantiger Brücke und Feststellung, in allen Größen, — empfiehlt die —
Eisenwaren-Handlung Otto Bretschneider.

Empfehle
Fahrrad-Bereifungen
zu bedeutend herabgesetzten Preisen, sowie sämtlich. Zubehör.
R. Gärtner, Unter-Altenburg 4

Friedmann & Co.
Bankhaus
Halle a. S., Poststraße 2
An- und Verkauf von Kriegsanleihen, Pfandbriefen, Stadtanleihen, ausländischen Wertpapieren und Baluten-Coupons
Contocorrent- und Scheckverkehr
Gewährung von Kredit, Darlehen und Hypotheken

Männer-Turnverein.

Alle Turnerinnen, Turner u. Jugendturner wollen heute Sonntag 3 Uhr zum **Schau-Turnen** mit Konzert pünktlich zur Stelle sein. Bei ganz ungünstigem Wetter im Vereinslokal.

Offene Beine
Unterschenkelgeschwüre Krampfaderschäden etc. behand. nach bewährter Methode Apotheker Hauptmann, L.-Gohlis, Marbachstr. 2
Straßenbahn 6. Sprechzeit 10—1, 3—5, Sonntags nur vormittags.

Kluge Frauen
kaufen keine nutzlosen teuren Mittel, sondern wenden sich bei **Regelstörungen** und **Stockungen** an **A. Schlinz, Hamburg I. Ausgabe.** Machen Sie noch einen Versuch mit meinem anerkannt **wirksamen Spezialmittel.** Vollkommen unschädlich. Geld zurück. **Garantie. Erfolg in 3—4 Tagen.** Ohne Berufsstörung. Zahlreiche Dankschreiben. Diskreter Versand.

Zahn-Atelier
Hubert Totzke
Markt Nr. 19
Sprechzeit 8 bis 6 Uhr

Buchdrucker- Verein
Gutenberg B. d. D. B.

Den Mitgliedern sowie unseren geehrten Gästen, die mit Einladungskarten übersehen worden sind, zur gefl. Kenntnis, daß **Sonntag, den 27. Juni, von nachmittags 3 Uhr an unser**
Johannisfest im Neuen Schützenhaus
stattfindet. Der Vergnügungs-Ausschuß.

Geusa

Sonntag, den 27. Juni,
Sommer-Fest
verbunden mit Preisschiessen, Verlosung und Blumenverlosung,
wozu freundlichst einladet **Der Sport-Verein.**

Gasthaus Kötzschen.

Sonntag, den 27. Juni: **Großer Ball**
mit Preis-Kegeln, -Schießen und Verlosung.
G. K. S. L. Der Wirt.

Sportshaus V. f. L.
Krautstraße 14.

Bringe meine **renovierten Räume** sowie meinen schönen, **schattigen Garten** allen Freunden und Gästen in gefällige Erinnerung.
Für **Speisen und Getränke** ist bestens gesorgt.
Es ladet freundlichst ein
Franz Thon.

Tivoli-Theater Merseburg.
Dir. A. Dechant.
Sonntag, d. 27. Juni, abds. 8 Uhr:
Der Taugenichts!
oder:
Straßenjunge und General!
Volksstück in 4 Akten von Dr. Carl Töpfer.

Angenehmer Ausflug nach Schkopau (Bergers Gasthaus).
Sonntags: Tanz-Vergnügen u. Unterhaltungs-Musik.
Ergebenst L. Berger.

Ratskeller-Restaurant
Jeden Sonntag von 5 Uhr bis 11 Uhr:
Künstler-Unterhaltungsmusik
Dir.: Konzertmeister Putler.
Otto Kießler.

Bären-Schänke
Leipzig, Nikolaistraße 15.
Hier ißt man wie bei Muttern.
Von früh 7 Uhr ab kräftige Fleischbrühe. M. Schütze.

Dürrenberg
Konditorei Café Ortel
Jed. Sonnabend 8—11 Uhr
Sonntag 4—7 Uhr
Künstler-Musik.

36
Sonntag, d. 27. 6.,
Ausflug nach Milzau.
Abfahrt: Zug 1 Uhr 25 Min. ab Bahnhof.
Alles zur Stelle!
Der Vorstand.

Oberbeuna.
Sonntag, den 27. d. M., von nachmittags 3 Uhr ab
Tanz-Vergnügen.
Es laden freundlichst ein
Der Wirt.
Wiener Musik-Club.

B. C. Preußen Merseburg — E. V. —
Sonntag, den 27. Juni, nachmittags von 3 Uhr ab im „Casino":
19. Stiftungsfest!
verbunden mit Gartenkonzert, Herren- u. Damen-Preiskegeln, Preisschießen, Verlosung u. Kinderbelustigung! — Die Mitglieder mit ihren Angehörigen und geladenen Gästen werden hierdurch nochmals eingeladen. Der Vergnügungs-Ausschuß.

Verein ehem. 12. Husaren.
Zum 38. Stiftungsfest
Sonntag, den 27. Juni, im Gartenlokal „Funkenburg" heißt der Verein Freunde und Gönner herzlich willkommen.
Nachmittag: Gartenkonzert.
Abend: Ball.

Rolands Restaurant
Große Sixtistraße 7.
Sonnabend, d. 26., Sonntag, d. 27. Juni:
Großes Geld-Preiskegeln!
1. Preis 100 Mark!
Es ladet freundlichst ein Der Wirt.

Kriegsdorf.
Zum Johannisbier
am Sonntag, den 27. Juni, laden ergebenst ein
Die Burschen. Der Wirt.
Anfang 8 Uhr.

Strandschlößchen
Sonntag, den 27. d. M., von nachmittags 3 Uhr an
Ball-Musik
Um gütigen Zuspruch bittet
H. Wilfroth.

Oberbeuna.
Sonntag, den 27. Juni, von nachmittags 3 Uhr an
Große Ball-Musik!
Hierzu ladet ergebenst ein Hermann Wünsche.

Sonntag, den 27. Juni
Bündorf. gr. Kirschfest.
Von nachmittags 3 Uhr ab **Ballmusik** bei vollbesetztem Orchester
wozu freundlichst einladet Alb. Conrad.

Deutscher Musiker-Verband
Ortsverwaltung Merseburg.
Sonntag, den 27. d. M., vormittags 9 Uhr
Versammlung im „Tivoli".
Tagesordnung: Neuwahl und wichtige Besprechungen über bevorstehende Änderungen im hiesigen Musikleben.
Dringendes Erscheinen aller Mitglieder erforderlich.
Der 1. Vorsitzende.

Echte Chesterfield
ohne Namenaufdruck.
Nebo, Lord Nelson, T. u. B. Ceviare, Goldflake, Strand, v. Riskalla u. a. — —
Neu versteuert **Mille v. 410 Mk. an.**
Deutsche Zigaretten zu Fabrikpreisen.
Zigarren u. Zigarillos in kleinen u. grossen Posten für Wiederverkäufer und Wirte.
K. Gimpel, Halle a. S., Poststr. 6.

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G.
ALTE STUTTGARTER
Grösste europäische Lebensversicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit.
Versich.-Best. Ende 1919 1 Milliarde 487 Millionen Mk.
Bankvermögen „ 1919 611 Millionen Mk.
Die Bank wird vertragsmässig von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen den Land- und Forstwirten der Provinz zur Versicherungsnahme empfohlen.

Amtliche Bekanntmachungen für den Kreis Merseburg.

Stück 48 — Merseburg, 26. Juni — 1920

Bekanntmachung.

72] **Annahme von Bareinzahlungen und Kriegsanleihe an Zahlungsstatt auf das Reichsnotopfer durch die städtische Sparkasse in Merseburg.**

Gemäß Verfügung des Reichsministers der Finanzen ist die städtische Sparkasse in Merseburg Annahmestelle von Zahlungen und Kriegsanleihe-Einlieferungen für das Reichsnotopfer.

Gemäß den Bestimmungen über das Reichsnotopfer ist der Abgabepflichtige bis zum 30. Juni 1920 berechtigt, seine Zahlung zu leisten, für die Abgabe bis zum 30. Juni 1920 entfällt der Zinsenlauf ab 1. Juli 1920, wenn die Einzahlung in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920 stattfindet, eine solche von 4% gewährt wird.

Kriegsanleihe-Einlieferungen von Selbstzeichnern können jederzeit erfolgen.

Merseburg, den 26. Juni 1920.
Gesch.-Nr. X 368/20. Der Magistrat.

Zuckermarkenausgabe für die Monate Juli und August

aus dem Rathaus, Burgstraße 1, 7—2 Uhr.

Mittwoch, den 30. Juni für die Straßen von A bis einschl. J
Donnerstag, den 1. Juli für die Straßen von K bis einschl. P
Freitag, den 2. Juli für die übrigen Straßen.

Abgabe nur an Grundbesitzer des Haushalts gegen Vorlegung des Lebensmittelausweises.

Merseburg, den 26. Juni 1920.
Tgb.-Nr. L A I 579/20. Der Magistrat.

Ausgabe von kondensierter Vollmilch

für die Woche vom 27. Juni bis 3. Juli in der Verkaufsstelle Schubert, Burgstraße 16.

Auf die neuen roten Milchmarken für die Zeit vom 1. bis 3. Juli 1920 1 Büchse kondensierte Milch zum Preise von 3,50 Mark.

Merseburg, den 26. Juni 1920.
L A II 1386/20. Das städtische Lebensmittelamt.

Wochenfettmenge.

305] In der Woche vom 27. Juni bis 3. Juli 1920 kommen für Merseburg-Land folgende Mengen zur Verteilung:

auf Fettmarken . . .	100 Gramm
auf Zusatzmarken . . .	50 Gramm

Merseburg, den 25. Juni 1920.
Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kritter, Kreisbeirat.

Verhütung von Eisenbahnunfällen.

306] In letzter Zeit haben sich die Unfälle durch Ueberschreiten von Fahrwerken auf Ueberwegen wieder erheblich gemehrt.

Anstatt vor dem Ueberweg in angemessener Entfernung an der Haltestelle vorschriftsmäßig zu halten, treiben die Fuhrwerkslenker bei Sichtung eines Zuges vielfach ohne ausreichende und zweckmäßige Sicherung des Zuges vorbei, um noch vor diesem den Ueberweg zu gelangen. Sie beachten nicht, daß noch in letzten Augenblick Behinderungen durch den Zustand des Weges wie auch durch Erdrutschen und Schnee der Pferde vor der arbeitenden und laut hinterher Lokomotive leicht und unerwartet eintreten können.

Ich mache daher den Geschirrführern die größte Vorsicht zur Pflicht und weise darauf hin, daß sie bei unaufhaltsamen Passieren der Wegeübergänge nicht nur ihr eigenes Leben gefährden, sondern sich auch einer empfindlichen Strafe aussetzen.

Die Polizeibehörden ersuche ich, gegen Fälle dieser Art nach Möglichkeit einzuschreiten und die erfolgten Bestrafungen zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Merseburg, den 7. Juni 1920.
Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kritter.

Stadt Merseburg.

Milchkarten-Ausgabe.

Die Ausgabe der Milchkarten am Montag, den 28., und Dienstag, den 29. Juni, findet nicht im alten Rathause, Burgstraße, sondern in der Milchkarten-Ausgabestelle, Burgstraße 15, statt.

Merseburg, den 26. Juni 1920.
L A II 1385/20. Städtisches Lebensmittelamt.

Druck und Verlag von Th. Richter in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200627-19/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 3,90 Mk., frei Haus 4,— Mk.; durch unsere Landboten 4,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld extra. Einzelnummer 25 Pfg.

Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Ostfremdanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags. Postscheckkonto: Leipzig 39070. :—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 138 — Sonntag den 27. Juni 1920 — 46. Jahrg.

Die neue Regierung.

Am Freitag vormittag sind die Verhandlungen Fehrenbachs endlich so weit gediehen, daß die endgültige Ministerliste festgestellt werden konnte. Nach einem Sondertelegramm des WTB. hat der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers Fehrenbach folgende Herren als Kabinettsmitglieder ernannt:

Dr. Heinze, Reichsjustizminister, betraut mit der Vertretung des Reichskanzlers,
Simons, Reichsminister des Auswärtigen,
Dr. Koch, Reichsminister des Innern,
Dr. Wirth, Reichsfinanzminister,
Hermes, Reichsernährungsminister,
Giesberts, Reichspostminister,
Gröner, Reichsverkehrsminister,
Dr. Geßler, Reichswehrminister,
Dr. Scholz, Reichswirtschaftsminister,
v. Raumer, Reichsschatzminister.

Die Besetzung des Wiederaufbau-Ministeriums ist noch unbestimmt. Verhandlungen über die Besetzung des Reichsarbeitsministeriums werden binnen kurzem abgeschlossen sein. Das Kabinett wird am Sonnabend zu seiner ersten Sitzung zusammentreten und sich entsprechend den Beschlüssen des Seniorenkonvents am Montag dem Reichstage vorstellen.

Wie immer man sich zu der neuen Regierung, das Ergebnis so langwieriger und unerfreulicher Verhandlungen, stellen mag, man wird als Lehre der vergangenen Tage doch den Schluß zu ziehen haben, daß es im heutigen Deutschland leichter ist, eine Regierungsbasis zu zerstören, als eine neue an ihre Stelle zu setzen. Das sollte für die Zukunft jedenfalls nicht vergessen werden und dazu führen, daß man auf allen Seiten alles daran setzt, die bestehenden scharfen Gegensätze auszugleichen. Wie groß sie tatsächlich noch immer sind, dafür war ein eindrückliches Beispiel die Stellungnahme von Blättern wie der „Deutschen Tageszeitung" zu den von der Deutschen demokratischen Partei für ihren Eintritt in die Regierung gestellten „Bedingungen". In der rücksichtslosesten Form wurde dagegen Protest eingelegt, daß die Demokraten es „wagten", als Voraussetzung für den Eintritt in eine Regierung den Verzicht auf monarchistische und antisemitische Agitation zu verlangen. Der weitere Umstand, daß auch Blätter wie die „Tägliche Rundschau", deren Chefredakteur bekanntlich auf der Reichsliste der Deutschen Volkspartei gewählt ist, versichern, die Partei werde kein Zitzchen ihrer monarchistischen Überzeugung aufgeben, spricht ebenfalls dafür, daß der Ausgleich der gegensätzlichen Überzeugungen noch weit im Felde liegt und läßt sogar die Vermutung zu, daß selbst innerhalb der Deutschen Volkspartei die Stimmung nicht einheitlich für die Beteiligung an der Regierung ist. Das läßt, wie gesagt, befürchten, daß der politische Kampf auch in Zukunft an Stärke nicht verlieren wird, und das ist im Interesse des ganzen Volkes sehr zu bedauern. Man darf nämlich nicht vergessen, daß die neue Regierung sowohl von rechts wie von links unter schärfster Aufsicht steht und auf innere Festigkeit sowieso schon nur geringeren Anspruch erheben kann. Sie ist eine Notgeburt der Stunde und eine letzte Rettung aus sonst unlösbaren Schwierigkeiten. Trotzdem wird sie indessen berufen sein, die Interessen des deutschen Volkes in einer entscheidenden Stunde zu vertreten, nämlich am 5. Juli in Spa. Noch immer steht riesengroß die Befürchtung am politischen Horizont des deutschen Volkes, daß der 6. Juli 1920 durch ein widriges Geschick zu einem Unglückstag der Nation gestempelt werden könnte, wenn nicht jeder einzelne für sich und die Gesamtheit für jeden einzelnen alles daran setzen, um das Staatsschiff vor neuem Kentern zu bewahren. Man wird besonders auf der Linken die neue Regierung „nach ihren Taten" beurteilen. Das hat namens der Mehrheitssozialdemokratie der bisherige Reichskanzler Müller Herrn Trimborn gegenüber gesagt. Das geschieht aber schließlich mit jeder Regierung und wie jede andere hat also auch diese die Pflicht, ihre Taten so einzurichten, daß das Gesamturteil für sie günstig ausfällt, auch wenn in einer näheren oder ferneren Zukunft eine andere an ihre Stelle treten wird.

*

Weitere Meldungen zur Kabinettsbildung.

Berlin, 26. Juni. Nach Mitteilung eines Regierungsvertreters im Ältestenrat des Reichstages beabsichtigt der Reichskanzler am kommenden Montag um 11 Uhr das neue Kabinett vorzustellen und eine programmatische Erklärung abzugeben. Am Nachmittag dieses Tages wird dann in einer erst anberaumten Sitzung Gelegenheit zu einer Aussprache gegeben, die wegen des katholischen Feiertages am Dienstag erst am Mittwoch weitergeführt wird. Da nun endgültig feststeht, daß am 5. Juli die Verhandlungen in Spa beginnen, sollen die Verhandlungen des Reichstages bis dahin abgeschlossen werden.

Die „B. Z." hört aus parlamentarischen Kreisen, daß das Reichsarbeitsministerium dem Zentrumsmitgliede Pfarrer Dr. Braun angeboten werden dürfte, der Direktor des katholischen Volksvereins in München-Gladbach ist und in der christlichen Arbeiterbewegung eine große Rolle spielt. Das Wiederaufbauministerium soll gegebenenfalls mit dem Kommerzienrat Böhm in München, dem Direktor der dortigen Deutschen Bank, besetzt werden, der der Deutschen Volkspartei angehört.

Zur Lösung der Kabinettskrisis

heißt es in der „D. Allg. Ztg.": Eine Minderheitsregierung wird jetzt das Ruder führen, sie wird es nun können durch eine geschickte und sachliche Politik, die sich von jeder Parteiengung fern hält. Sie hat dazu den festen Willen, und sie rechnet auf die selbstlose Mitarbeit aller Parteien, deren Wille es ist, Staat und Volk wieder den Weg nach aufwärts zu führen.

Die Sozialdemokratie, die der Regierung eine gewisse Schonzeit zu bewilligen nötig ist, wird, wie es im „Vorwärts" heißt, wahrscheinlich bald mit ihr, namentlich mit ihrem rechten Flügel, im Kampfe stehen.

Die rechtsstehenden Blätter fassen die Lage im ganzen sehr ernst auf. Um so fester, heißt es in der „D. Tagesztg.", müssen Regierung und Volk auf dem Boden ihres Rechts und der nationalen Lebensnotwendigkeiten stehen und um so stählter und mutiger den Dingen ins Auge sehen.

Baldige Wahl des Reichspräsidenten.

Berlin, 26. Juni. (WTB.) Der Reichspräsident Ebert hat den Reichskanzler Fehrenbach ersucht, den Reichstag zu veranlassen, den Tag für die Wahl des Reichspräsidenten alsbald zu bestimmen.

Die Vorbereitung der kommunistischen Weltrevolution.

Stockholm, 26. Juni. (WTB.) Auf der vorbereitenden Konferenz im geschäftsführenden Ausschuß der kommunistischen Internationale in Moskau waren nach einer Kostmeldung Vertreter der kommunistischen Parteien von Rußland, Amerika, Italien, Polen, Ungarn, Australien und Holland, sowie des linken Flügels der Unabhängigen sozialistischen Partei Deutschlands zugegen. Aus Frankreich wohnten der Sitzung bei Marcel Cachin und Frossard von der Sozialdemokratischen Partei. Lenin hielt am Schluß eine Rede über die Bedeutung der Diktatur für die Gegenwart und führte aus: „Propaganda, Agitation und Demonstration tagaus und tagein müssen das Proletariat auf die Übernahme der Macht vorbereiten." Er betonte, der internationale Kongreß habe sich nicht nur von schwankenden Elementen irre führen lassen, sondern organisiere sich stärker als je zum Hauptquartier für die kommunistische Weltrevolution.

Deutsch-tschechische Verkehrs- und Wirtschaftsverhandlungen.

Prag, 26. Juni. (WTB.) Gestern nachmittag fand hier die konstituierende Sitzung der Elbe-Kommission statt, zu der die deutschen Vertreter erschienen waren. Der Minister des Äußern verwies in seiner Eröffnungsansprache auf die Wichtigkeit der Verkehrsfragen. Die tschechisch-slowakische Republik sei bereit, alles zur Erleichterung des Verkehrs zu tun. Es wurde beschlossen, die nächste Sitzung am 29. Juni abzuhalten. Die nächste Kommissionssitzung soll am 16. November d. J. in Dresden stattfinden. — Das tschechoslowakische Pressebureau meldet: Die Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland, die unter Leitung des Staatssekretärs Dr. Schüster auf tschecho-slowakischer Seite und des Ministerialdirektors v. Stockhammern auf deutscher Seite stattfinden, nähern sich ihrem Abschluß. Das allgemeine wirtschaftliche Abkommen ist namentlich mit Rücksicht auf Erleichterung bei Ein- und Ausfuhr und auf Sicherung des Bezugs gewisser technischer und chemischer Hilfsmittel ergänzt und der endgültige Wortlaut festgestellt worden. Das bereits in Berlin im Wortlaut festgelegte Eisenbahnabkommen wurde ohne Änderung genehmigt. Hierdurch würden namhafte Erleichterungen bei der faktischen Durchführung des Transits geschaffen. Falls die noch offene Unterbringungsfrage günstig gelöst werde, sei zu hoffen, daß die Verhandlungen, die provisorischer Natur sind und der Genehmigung beider Regierungen beziehungsweise der Ratifizierung unterliegen, Freitag nacht oder Sonnabend vormittag abgeschlossen werden.

Deutsche Note wegen der Räumung der neutralen Zone.

Paris, 26. Juni. (WTB.) Der deutsche Geschäftsträger Dr. Mayer überreichte dem Sekretär der Friedenskonferenz am Freitag eine Note der deutschen Regierung, in der von den Alliierten eine Verlängerung der Frist verlangt wird, die Deutschland zur Räumung der neutralen Zone gewährt werde. Es wird darin erklärt, diese Note bis zum 10. Juli zu räumen. Diese Note kreuzte sich mit den drei Noten, die am Donnerstag dem deutschen Geschäftsträger von den Alliierten überreicht wurden.

Sistierung des zehnprozentigen Lohnabzuges.

Berlin, 26. Juni. (Priv.-Tel.) Im Reichstag ist ein interfraktioneller Initiativantrag eingegangen, der die Regierung auffordert, eine Sistierung des zehnprozentigen Lohnabzuges anzuordnen.

Beigelegter Landarbeiterstreik.

Lauenburg (Gösslin), 26. Juni. (WTB.) Nach 20stündigen Verhandlungen ist heute früh der Landarbeiterstreik beigelegt worden. Die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen werden.

Die Kämpfe in Irland.

London, 26. Juni. (WTB.) Über die Lage in Londonderry wird folgendes gemeldet: Ein Versöhnungsausschuß, in dem alle Kreise der Bevölkerung vertreten sind, hat sich gestern gebildet, um das Ende der Feindseligkeiten in Irland herbeizuführen.

Unterdrückung der Unruhen in Böhmen.

Prag, 26. Juni. (WTB.) Die Unruhen in Zglau sind von Militär und Gendarmerie unterdrückt worden. Gestern nacht sind noch zwei während der Straßenkämpfe verwundete Legionäre gestorben. Der Redakteur des Zglauer Lokalblattes „Grenzbote", Josef Vorreither, geriet, weil Soldaten die Druckerei seine Zeitung verwüsteten, in eine solche Aufregung, daß er bald darauf einen Herzschlag erlitt. Eine gemeinsame Kommission der Kammer und des Senats ist gestern nach Zglau entsandt worden.

Denikin und Brussilow gegen Polen.

London, 26. Juni. (Priv.Telegr.) Wie die englische Wochenschrift The Statesman aus autorisierter Quelle erfährt, hat General Denikin an Brussilow das Angebot gerichtet, sich seinem Kommando zu unterstellen, um gemeinsam mit ihm die Polen zu bekämpfen.

über eine neue Ministerkrise

noch vor Beendigung der alten wurde, wie man uns weiter aus Berlin berichtet, am Freitag in politischen Kreisen erzählt. Man sprach davon, daß Reichswehrminister Dr. Geßler infolge der Unnachgiebigkeit der Entente, den Bestand der Reichswehr auf 200 000 Mann zu belassen, die Verantwortung, die ihm sein Amt für die Ruhe und Sicherheit des Reiches auferlegt, nicht tragen könne und zurücktreten werde. Diese Gerüchte enthalten insofern ein Körnchen Wahrheit, als Dr. Geßler mit einem Bestand von 100 000 Mann nicht auskommen zu können glaubt und seinen ganzen Einfluß im Kabinett aufbieten wird, die Ententeforderung abzulehnen. Er hofft, daß angesichts der Lage in Deutschland jedem klar liegt, der sehen will, daß das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. In diesem Sinne wäre es also verfrüht, von einem Rücktritt Dr. Geßlers zu sprechen. Ebensowenig kann selbstverständlich das Gegenteil behauptet werden. Alles wird von der Entwicklung abhängen, die diese Angelegenheit erfährt.

Wie die „Voss. Ztg." meldet, hat der Reichswehrminister Geßler infolge der neuen Ententenote über die Herabsetzung der Reichswehr auf 100 000 Mann heute vormittag dem Reichskanzler Fehrenbach seine Demission angeboten. Wie dazu von zuständiger Seite mitgeteilt wird, steht Minister Geßler die durch die neuen Entente-Noten geschaffene Lage als außerordentlich ernst an. Von einem Rücktrittsgesuch ist jedoch amtlich nichts bekannt.

Ein Antrag der U. S. P. auf Auflösung der preußischen Landesversammlung.

Berlin, 26. Juni. Die Fraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in der preußischen Landesversammlung hat, wie wir erfahren, folgenden Antrag eingereicht: Die Verfassunggebende preußische Landesversammlung wolle beschließen: 1. sich für aufgelöst zu erklären und 2. die Staatsregierung zu ersuchen, sofort Neuwahlen auszuschreiben.

Deutschland und die Entente.

Die Konferenz in Spa — 5. Juli.

Berlin, 26. Juni. Der englische Geschäftsträger hat im Namen seiner Regierung der deutschen Regierung offiziell mitgeteilt, daß die Konferenz in Spa am 5. Juli beginnt.

Ein englisch-französischer Kuhhandel auf Kosten Deutschlands.

Paris, 26. Juni. Der „Daily Telegraph" veröffentlicht heute eine Mitteilung, die glaubwürdig zu sein scheint und der in Deutschland besondere Bedeutung beigemessen werden muß. Das Blatt behauptet, daß in Hythe zwischen Millerand und Lloyd George eine vollständige Übereinstimmung ihrer politischen Grundsätze erzielt worden sei, indem Frankreich sich bereit erklärte, die englische Politik im Orient zu unterstützen, falls England Frankreichs Politik gegenüber Deutschland anerkenne, sich an der Besetzung der Rheinlande beteiligt und nichts tue, was die Interessen Frankreichs in Deutschland stören könne.

Deutschland bleibt unter Kontrolle der Feinde.

Paris, 26. Juni. In der heutigen Sitzung der französischen Kammer wurde die Debatte über den Haushalt des Auswärtigen fortgesetzt. Im Verlaufe der Debatte gab Ministerpräsident Millerand eine kurze Erklärung ab, worin er sagte, daß die französische Kontrollkommission in Deutschland, deren Beweggründe am 31. Juli zu Ende gehen sollten, aufrechterhalten bleibe, und daß das Einvernehmen zwischen England, Italien und Frankreich in keinem Augenblick vollkommener gewesen sei als eben gegenwärtig. Im Laufe der Debatte ergriff Aristide Briand das Wort, um sich mit aller Schärfe gegen die Politik, die Frankreich gegenwärtig in Kleinasien verfolge, zu wenden.

Die Sorge um die Abrüstung Deutschlands.

Die „Daily Mail" meldet, daß die Marschälle Foch und Wilson der Konferenz von Brüssel am 2. Juli beiwohnen werden. Bis dahin werde die Antwort Deutschlands auf die Note wegen der Abrüstung eingetroffen sein. Von dieser Antwort werden alle weiteren Maßregeln der Entente abhängen.

Die chemischen Verhandlungen mit Frankreich abgeschlossen.

Paris, 26. Juni. Die Unterhandlungen der Sachverständigen im chemischen Fach, welche vorige Woche in Paris ihren Anfang genommen hatte, wurden gestern beendet. Die deutschen Delegierten reisen heute abend nach Hause. Sie verpflichteten sich zu vollständigem Stillschweigen über die Ergebnisse der Verhandlungen mit den französischen Unterhändlern, erklärten aber, daß sie von diesen durchaus befriedigt seien.

*

Eine Kundgebung gegen die schwarze Schande.

Freiburg, 26. Juni. Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für eine Politik des Rechts (Heidelberger Vereinigung) veröffentlichen eine Kundgebung, in der es heißt: Genug der schwarzen Schande! Der Rheinische Frauenbund hat dieser Tage einen ergreifenden Protest gegen die zahlreichen Angriffe der französischen Besatzungstruppen auf die Ehre deutscher Frauen und Mädchen im Rheinland veröffentlicht. Der Bund konnte 30 Fälle mit genauen Angaben [illegible] führen, darunter 17 mit [illegible] genauen, zum Teil [illegible] Elsässische Kna- [illegible] und hochbetagte Frauen [illegible] der Befürchtung, daß [illegible] sein ist. Es bleibt nur [illegible] hiere entweder nicht die [illegible] orten Zustände zu be- [illegible] ng, die einwandfrei be- [illegible] nur dadurch erklären, [illegible] Arbeitsgemeinschaft unter- [illegible] deren Erbteilen stam- [illegible] der eigenen Volkskraft [illegible] fremden Gebiet ins [illegible] d, sondern die weißen [illegible] r an die gesamte [illegible] ersenden Frauen und [illegible] mit der Besetzung [illegible] Truppen und den [illegible] lich ein Ende ge-

[illegible] Ludwig Haas.
[illegible] y Montgelas.
[illegible] ne Weber.

[illegible] che.

[illegible] streik.

[illegible] s Landwirtschaftlichen [illegible] ier Sitzung am Don- [illegible] arbeitern dringend zu [illegible] Arbeitseinstellungen [illegible] ntes steht auf dem [illegible] Arbeiter durch den [illegible] endgültigen Lohnregelung gelöst werden kann, die nach Bekanntwerden der Preise für die diesjährigen Erzeugnisse ab 15. Juli in Aussicht genommen ist.

Der Streik in Essen beendet.

Essen, 26. Juni. Der Streik der städtischen Arbeiter ist beendet. Die Ausständigen haben nach langen Verhandlungen, die fast die ganze Nacht hindurch gedauert haben, ihre Forderungen zurückgezogen. Sie erhalten lediglich einen Vorschuß von 100 M. Die Arbeit ist bereits im Laufe des Tages in den meisten städtischen Betrieben wieder aufgenommen worden.

Hafenarbeiterstreik in Danzig.

Danzig, 26. Juni. Die Hafenarbeiter sind in den Ausstand getreten. Die Ursache soll die Verhaftung eines Arbeiters sein, der im Hafen gestohlen haben soll. Die Arbeiter hatten die Zurückziehung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200627-19/fragment/page=0007